Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1951)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanz-Direktion des Kantons Bern

Autor: Siegenthaler, W. / Moeckli, G.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417444

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VERWALTUNGSBERICHT

DER

FINANZ-DIREKTION DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1951

Direktor: Regierungsrat **W. Siegenthaler**
Stellvertreter: Regierungsrat **G. Moeckli**

A. Allgemeines

I.

Durch Beschluss vom 23. Mai 1951 ermächtigte der Grosse Rat den Regierungsrat, die Amtsschaffnereien einzelner Amtsbezirke im Falle von Vakanzen mit den Amtsschaffnereien am Sitz der Steuerveranlagungsbehörden versuchsweise zu vereinigen. Es handelt sich um eine Spar- und Rationalisierungsmassnahme, die von dem mit der Überprüfung der Staatsverwaltung betrauten Experten vorgeschlagen worden ist und die auf Herabsetzung der Zahl der Amtsschaffnereien von 30 auf 5 abzielt. Der Regierungsrat wurde beauftragt, dem Grossen Rat innert 5 Jahren über die gemachten Erfahrungen Bericht zu erstatten und über die definitive Organisation der Finanzverwaltung in den Bezirken Antrag zu stellen.

Gestützt auf diese Ermächtigung wurden im Berichtsjahr die Amtsschaffnereien von Ober- und Niedersimmental mit derjenigen von Thun vereinigt.

II.

Einem im Grossen Rat geäusserten Wunsch Folge gebend, hat der Regierungsrat in einem Bericht über die Gründung, die Zweckbestimmung und die Verwaltung der in der Staatsrechnung aufgeführten Spezialfonds Auskunft erteilt. Gleichzeitig wurde der Vermögensbestand der Fonds auf 31. Dezember 1950 angegeben. Die zum zweckgebundenen Staatsvermögen zählenden Fonds wiesen gesamthaft einen Bestand auf von Fr. 61 785 875.30, das Stiftungsvermögen belief sich auf Fr. 183 096 013.92, während der Bestand der privatrechtlichen Fonds des Staates die Summe von Franken 6 906 114.31 erreichte.

III.

Der von der Finanzdirektion im letzten Verwaltungsbericht in Aussicht gestellte Vortrag über den Finanzausgleich unter den bernischen Gemeinden wurde im August abgeschlossen und am 4. September 1951 vom Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates genehmigt. Der Bericht erläutert einleitend, gestützt auf statistische Untersuchungen und bevölkerungspolitische Argumente, die Gründe für die bestehenden Unterschiede in der finanziellen Belastung und Leistungsfähigkeit der bernischen Gemeinden, gibt dann Auskunft über die bereits getroffenen Massnahmen auf dem Gebiete des direkten und des indirekten Finanzausgleichs, zeigt Möglichkeiten für deren Erweiterung auf und schliesst mit Vorschlägen für die Zielsetzung und für Massnahmen zur Verwirklichung des Finanzausgleichs. Diese Richtlinien waren als erste Diskussionsgrundlage gedacht für die Ausarbeitung des Gesetzes über den Finanzausgleich. Die grossrätliche Kommission hat den Vortrag der Finanzdirektion und die Anträge des Regierungsrates am 18. Oktober 1951 einer ersten Beratung unterzogen und mit grosser Mehrheit ohne Gegenstimme beschlossen, auf die Vorlage einzutreten.

Anschliessend wurde der Vortrag an sämtliche bernischen Gemeinden versandt, verbunden mit der Einladung, bis zum 15. Januar 1952 Stellung zu nehmen.

IV.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1951 schliesst bei Fr. 5 592 807.75 Schuldentilgungen und Fr. 7 966 006.21 Abschreibungen mit einem Reinertrag von 354 096.87 Franken ab.

Im Voranschlag war ein Reinaufwand von Franken 2 202 191.— vorgesehen. Das Rechnungsergebnis zeigt somit eine Verbesserung von Fr. 2 556 287.87 gegenüber dem Voranschlag.

Das reine Staatsvermögen vermehrte sich von Fr. 52 522 839.26 auf Fr. 52 876 936.13.

Über Einzelheiten gibt der Bericht der Kantonsbuchhalterei Aufschluss.

V.

Im Finanzwesen weist das Berichtsjahr folgende wichtigere Erlasse auf:

a) Grossratsbeschluss vom 23. Mai 1951 über die Neuorganisation der staatlichen Finanzverwaltung in den Bezirken.

b) Dekret vom 20. November 1951 über die Gewährung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal für das Jahr 1951.

c) Dekret vom 20. November 1951 über die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage für das Jahr 1951 sowie über die Gewährung von Teuerungszulagen für das Jahr 1952 an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.

d) Verordnung vom 24. Mai 1951 über die Beeidigung der Staatsbeamten.

VI.

Noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate:

1. Motion Schneiter betreffend Revision des kantonalen Stempelgesetzes. Die Ausführung dieser Motion befindet sich im Stadium der Vorentwürfe. Die Finanzdirektion legte Wert darauf, zunächst die umfangreichen Vorarbeiten für den Finanzausgleich im Kanton Bern zu fördern.
2. Postulat Comte betreffend Steuerabzüge für invalide Personen. Für die nächste Veranlagungsperiode werden Weisungen für eine angemessene Berücksichtigung der Begehren dieses Postulates erteilt.
3. Postulat Nahrath betreffend Kauf der Besitzung de Gléresse in Neuenstadt. Die Abklärung der Umbaufrage für die Besitzung de Gléresse sowie der im jetzigen Amthaus und der angrenzenden Liegenschaft bestehenden Möglichkeiten für eine bessere Unterbringung der Bezirksverwaltung ist noch nicht abgeschlossen.
4. Postulat Nobel betreffend Steuerabzug für Verwitwete ohne Kinder, Postulat Rupp betreffend Steuerteilung in Fällen von Saisonaufenthalt. Die weitere Prüfung dieser Begehren erfolgt im Rahmen einer kommenden Steuergesetzrevision.

VII.

Jahresbericht und Jahresrechnung der bernischen Kreditkasse werden dem Grossen Rat gesondert vorgelegt. Wir führen hier nur die wichtigsten Zahlen an:

Die Hochkonjunktur, die 1950 mit Ausbruch des Koreakrieges einsetzte, hielt unverändert bis Mitte 1951 an. Im zweiten Semester machte sich ein Abflauen der Geschäftstätigkeit in der Konsumgüterindustrie fühlbar, während in den Industrien, die Investitions- und Rüstungsgüter erzeugen, und im Baugewerbe die Hochkonjunktur bis Ende des Jahres andauerte. Unter den Exportindustrien waren besonders die Maschinen- und Metallindustrie sowie die Uhrenindustrie begünstigt. Die wichtigsten Industrien und das Baugewerbe mussten zur Erledigung des grossen Auftragsbestandes die Zahl der Arbeiter erhöhen. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes sind in vermehrtem Masse Ausländer herangezogen worden. Die Städte und die ländlichen Orte mit Industrie erfreuten sich einer weitern Verbesserung ihrer finanziellen Lage. Eine sehr günstige Entwicklung verzeichnen einige jurassische Gemeinden, die die schwere Schuldenlast aus der Krisenzeit in den verflossenen Jahren weitgehend abtragen konnten.

Der Darlehensbestand hat einen weiteren Abbau um Fr. 228 725.55 erfahren und ist von Fr. 668 483.75 Ende 1950 auf Fr. 439 758.20 Ende 1951 zurückgegangen.

Der Betriebsüberschuss der Gewinn- und Verlustrechnung von Fr. 4890.35 wurde dem Reservefonds überwiesen, der auf Ende 1951 einen Bestand von Fr. 182 240.90 aufwies.

Der Kapitalbestand des Gemeindeunterstützungsfonds betrug auf Ende 1951 Fr. 1 315 175.—, gegenüber Fr. 1 569 210.60 auf Ende 1950. Die Entnahmen aus dem Fonds für Zuwendungen an Gemeinden und Diverses beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 296 711.85.

VIII.

Über die **Amtskautionen** und die Art, wie sie geleistet werden, gibt nachstehende Übersicht Aufschluss (Stand 31. Dezember 1951):

Kautionspflichtiges Personal	Es haben ihre Kaution geleistet durch						
	Amtsbürgschafts-Genossenschaft	Barkaution und Wertschriften	Einzelbürgschaft (Solidarbürgen)	Bankgarantie	Kautions-Versicherungspolice	Hängige Fälle	Total Kautionspflichtige
Beamte und Angestellte der Zentralverwaltung	35	2	—	—	—	—	37
Beamte der Bezirksverwaltung	74	3	—	—	—	6	83
Angestellte der Bezirksverwaltung	267	8	—	1	1	4	281
Anstaltspersonal	41	2	—	2	1	—	46
Oberwegmeister	21	—	—	1	—	—	22
Kreiskommandanten . .	6	—	—	—	—	—	6
Sektionschefs	213	4	—	1	—	1	219
Nachführungsgeometer .	27	1	—	—	1	—	29
Betreibungsgehilfen . .	157	1	1	—	—	1	160
Personal der Hypothekarkasse	52	—	—	—	—	—	52
	893	21	1	5	3	12	935
rund (in %)	95,7	2,2	0,1	0,5	0,3	1,2	100

B. Verwaltung

I. Direktionsbureau

Die Geschäftskontrollen weisen für das Jahr 1951 folgende Zahlen auf (Vorjahr in Klammern): Nachlassgesuche in Steuersachen 8042 (9559); Domänengeschäfte, Salzhandel und Mitberichte 2610 (2973); Entscheide über amtliche Inventaraufnahmen 2108 (2012), wobei in 24 Fällen (22) ein Inventar angeordnet wurde.

II. Kantonsbuchhalterei

Personelles

Als Ersatz für einen auf Ende des Vorjahres pensionierten Angestellten trat auf 1. Juni 1951 als neue Arbeitskraft in den Dienst der Kantonsbuchhalterei Herr Heinz Walther.

Rechnungsführung

Die Zahl der Konten hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur unbedeutend verändert. Entsprechend den Fr. 10 Millionen Mehrausgaben und Fr. 5 Millionen Mehreinnahmen ist die Anzahl der Anweisungen und Buchungen etwas angestiegen. Die rasche Verarbeitung und gute rechnerische Kontrolle hielt an und befriedigte. Das Personal der Dienststellen wurde mit dem neuen Rechnungswesen vertrauter. Einige Direktionsrechnungsführer haben allerdings noch Mühe, mit der zweigeteilten Rechnung und hauptsächlich mit den Vermögensveränderungen zurechtzukommen. Trotz den ab Juni von der Buchhalterei vorgekehrten Massnahmen, ergaben sich hautpsächlich gegen Jahresende immer noch viele Kreditüberschreitungen. Ausgaben und Einnahmen zu Gunsten oder zu Lasten von Fonds des zweckgebundenen Staatsvermögens, Rückstellungen oder Reserven sind für dieses zweite Jahr der neuen Rechnungsführung noch ungenügend veranschlagt worden.

Die Abweichungen der Schlusszahlen der Rechnung von denen des Voranschlages sind wiederum beträchtlich:

Mehreinnahmen: Fr. 24,869 Millionen	Mehrausgaben: Fr. 21,520 Millionen
Mehrertrag: Fr. 31,944 Millionen	Mehraufwand: Fr. 32,736 Millionen

Die Abweichungen setzen sich aus sehr zahlreichen Posten zusammen, die sämtliche in der gedruckten Staatsrechnung ausgewiesen und wo notwendig kommentiert sind. Die Vermögensveränderungsposten (V. A.) sind ebenfalls einzeln bei den Dienststellen vermerkt. Wir treten deshalb hier nicht auf Einzelheiten ein und verweisen auf die Staatsrechnung.

Die Buchhalterei richtete ihr Augenmerk auch auf die bei ihr möglichen Einsparungsmassnahmen. Sie erzielte beim Zinsendienst und bei den Provisionsleistungen einige nennenswerte Resultate.

Im Laufe des Jahres wurden für total 4 161 288.— Franken Nachkredite gesprochen und verbucht.

Betriebsrechnung

Der *Voranschlag* sah bei einem *Ausgabenüberschuss* der *Finanzrechnung* von	Fr. 8 174 833.—
und einem *Ertragsüberschuss* der *Rechnung der Vermögensveränderungen* von	» 5 972 642.—
einen Reinaufwand vor von . . .	Fr. 2 202 191.—

Die *Finanzrechnung* lautet:

Ausgaben	Fr. 258 136 911.74
Einnahmen	» 253 310 439.94
Ausgabenüberschuss	Fr. 4 826 471.80
Im Vergleich zum Voranschlag ist der Ausgabenüberschuss geringer um	Fr. 3 348 361.20

Die *Rechnung der Vermögensveränderungen* ergibt:

Ertrag.	Fr. 52 227 235.61
Aufwand.	» 47 046 666.94
Überschuss des Ertrages	Fr. 5 180 568.67
Im Vergleich zum Voranschlag ist der Ertragsüberschuss geringer um	Fr. 792 073.33

Zusammenzug:

Überschuss des Ertrages	Fr.	5 180 568.67
Ausgabenüberschuss	»	4 826 471.80
Reinertrag der Gesamtrechnung 1951	Fr.	354 096.87

Um diesen Betrag nimmt das reine Staatsvermögen zu. Die Jahresrechnung 1951 schliesst um 2 556 287.87 Franken besser ab als der Voranschlag des gleichen Jahres. Sie schliesst dagegen um Fr. 855 714.92 schlechter ab als die Vorjahrsrechnung.

Das buchmässig ausgewiesene *reine Staatsvermögen* (inkl. Fr. 55 427 156.09 zweckgebundenes Staatsvermögen auf Ende 1948) beträgt am

1. Januar 1951	Fr.	52 522 839.26
Es beträgt am 31. Dezember 1951	»	52 876 936.13
Zunahme wie hievor	Fr.	354 096.87

Der auf *separatem Kapitalkonto* verbuchte *Zuwachs des zweckgebundenen Staatsvermögens* für 1949 und 1950

beträgt	Fr.	6 358 719.21
Der Betrag wird erhöht um den Zuwachs 1951	»	1 908 639.64
und beläuft sich auf Ende 1951 auf	Fr.	8 267 358.85

Das gesamte zweckgebundene Staatsvermögen beträgt auf Ende 1951 Fr. 63 694 514.94.

Die den jährlichen Tilgungssummen auf Anleihen entsprechenden Beträge sind für 1950 und 1951 einem Eisenbahnsanierungskonto gutgeschrieben worden. Aus diesem Konto wurden die 1951 ausgeführten Privatbahnhilfeaktionen von Fr. 5 721 850.— gedeckt. Die aus diesen Aktionen dem Staate zufallenden Wertschriften (Aktien) wurden zu 75 % mit Fr. 3 887 775.— abgeschrieben.

Die Tilgungen auf den Anleihen und dem Schuldschein betrugen für das Berichtsjahr rund Fr. 4,6 Millionen. Da das Jahresresultat nur rund Fr. 354 000.— beträgt, sind die schwebenden Schulden um den Differenzbetrag angestiegen.

Die Arbeitsbeschaffungskredite sind auf Ende 1951 beansprucht mit	Fr.	45 345 759.75
An Zuschlagsteuern und Aktivzinsen sind auf den gleichen Zeitpunkt eingegangen	»	32 350 062.30
Der Schuldsaldo der Zuschlagsteuer beträgt	Fr.	12 995 697.45

Er wird in den nächstfolgenden Jahren abgetragen.

Steuerausstände. Die Ausstände an direkten Steuern betragen auf Jahresende Fr. 32 782 518.67. Davon entfallen auf die Gemeinde Bern Fr. 14 716 724.80. An eidgenössischen Steuern waren ausstehend 2 352 815.04 Franken. Die Wehrsteuer 1951 wird erst 1952 bezogen.

Bilanz des Staatsvermögens

Aktiven		1950		1951
1. *Verfügbare Mittel*	Fr.	**3 148 340.54**	Fr.	**3 180 939.26**
Kassen	»	1 016 975.23	»	1 021 990.41
Postcheck	»	878 064.24	»	910 256.95
Banken	»	1 253 301.07	»	1 248 691.90
2. *Debitoren*	»	**89 382 129.22**	»	**73 928 063.73**
Kontokorrente	»	84 906 864.36	»	70 320 556.46
Darlehen und Vorschüsse	»	4 475 264.86	»	3 607 507.27
3. *Anlagen und Investitionen*	»	**344 887 310.52**	»	**355 684 779.22**
Wertschriften: Aktien	»	87 023 633.—	»	92 249 033.—
Obligationen	»	42 381 891.60	»	42 908 802.70
Hypotheken	»	1 801.—	»	779.80
Dotationskapitalien	»	70 000 000.—	»	70 000 000.—
Forsten	»	28 793 167.—	»	28 491 548.98
Domänen	»	95 885 552.—	»	99 023 842.—
Waren	»	8 387 108.07	»	11 076 634.54
Mobiliar und Gerätschaften	»	12 414 157.85	»	11 934 138.20
4. *Innenverkehr*	»	**25 824 463.96**	»	**39 041 767.25**
Verbindungskonten	»	824 463.96	»	679 350.36
Provisorische Konten		—	»	1 564 000.49
Transitorische Konten		—	»	11 798 416.40
Ordnungskonten	»	25 000 000.—	»	25 000 000.—
5. *Über die Verwaltungsrechnung abzutragende Konten*	»	**1 943 663.28**	»	**4 492 474.53**
Lehrerversicherungskasse		—	»	3 838 000.60
Strassenbau	»	1 934 632.66	»	645 443.31
Hochbau	»	9 030.62	»	9 030.62
7. *Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen und Milderung der Wohnungsnot*	»	**44 403 121.10**	»	**45 345 759.75**
8. *Konten des zweckgebundenen Staatsvermögens, Anlagen*	»	**61 785 875.30**	»	**64 574 514.94**
	Fr.	**571 374 903.92**	Fr.	**586 248 298.68**

Passiven

	1950	1951
1. *Öffentliche Schulden*		
Schwebende Schulden	Fr. **39 456 787.76**	Fr. **57 403 207.25**
Schatzanweisungen	» 9 000 000.—	» 17 000 000.—
Banken (inklusive Domänenkasse)	» 30 456 787.76	» 30 312 894.65
Darlehen	—	» 10 090 312.60
Feste Schulden	» **311 285 408.40**	» **305 692 600.65**
Anleihen	» 274 079 000.—	» 271 370 000.—
Banken (Schuldschein)	» 37 206 408.40	» 34 322 600.65
2. *Kreditoren*	» **35 039 192.27**	» **31 128 491.55**
Verfallene Titel und Coupons	» 3 427 931.25	» 1 397 146.50
Kontokorrente	» 28 363 797.82	» 26 527 978.10
Barhinterlagen	» 2 265 143.20	» 2 021 046.95
Hypotheken	» 982 320.—	» 1 182 320.—
3. *Wertberichtigungen* (inklusive Eisenbahnamortisationsfonds)	—	» **25 896 775.—**
4. *Innenverkehr*	» **32 665 566.51**	» **33 548 198.27**
Verbindungskonten	» 144 569.20	» 199 113.20
Transitorische Konten	» 7 520 997.31	» 8 349 085.07
Ordnungskonten	» 25 000 000.—	» 25 000 000.—
6. *Rückstellungen*	» **21 526 027.27**	» **21 480 564.12**
7. *Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen und Milderung der Wohnungsnot*	» **27 425 082.30**	» **32 350 062.30**
8. *Zweckgebundenes Staatsvermögen*	» **13 124 543.21**	» **15 413 182.85**
Kapitalkonto	» 6 358 719.21	» 8 267 358.85
Kreditoren des zweckgebundenen Staatsvermögens	—	» 880 000.—
Rückstellung für Ablösung aus Reinvermögen	» 6 765 824.—	» 6 265 824.—
9. *Vermögenskonten*	» **90 852 296.20**	» **63 335 216.69**
Reserven, zweckbestimmte	» 31 714 390.74	» 4 958 954.81
Reserven, freie	» 6 615 066.20	» 5 499 325.75
Reinvermögen	» 52 522 839.26	» 52 876 936.13
	Fr. **571 374 903.92**	Fr. **586 248 298.68**

Die Aktiven haben im Vergleich zur Bilanzsumme 1950 um Fr. 14 873 394.76 und die Passiven inklusive Reserven um Fr. 14 519 279.87 zugenommen.

Bei den **Aktiven** sind die wesentlichsten Veränderungen festzustellen bei:

Zunahmen: Wertschriften: Aktien (Jurabahnen, S. T. I. und S. Z. B.) Fr. 5 183 000.—; Obligationen (M. O. B. und B. O. B.) Fr. 550 000.—. **Domänen:** Mehrzukäufe, Schatzungsberichtigungen, Neuschatzungen Fr. 3 188 000.—. **Waren:** Neubewertung und ordentliche Zunahme, Staatsanstalten, Zentral- und Bezirksverwaltung und Notvorräte Fr. 2 689 000.—. **Provisorische Konten:** Von den Steuerausständen abgezogene Einzugsprovisionen der Gemeinden Fr. 1 564 000.—. **Transitorische Konten:** Ausstehende Wehrsteuer 1951 Fr. 11 798 000.—. **Abzutragende Konten:** Neuaufnahme Schuld Lehrerversicherungskasse Fr. 3 838 000.—. **Arbeitsbeschaffungskonten:** Bau Brünig- und Simmentalstrasse plus Verzinsung Reskriptionen Fr. 942 000.—. **Zweckgebundenes Staatsvermögen:** Neuanlagen Franken 2 788 000.—.

Abnahmen: Debitoren: In dieser Gruppe ist der Wechsel naturgemäss sehr stark. Sie weist Zunahmen und Abnahmen auf. Wir erwähnen nur die Hauptposten. Abnahmen: Eidgenössische Wehrsteuer 1950 (1951 siehe hievor) Fr. 13 500 000.—, Schuldkonto Montana Fr. 1 000 000.—, frühere Rückerstattung Verrechnungssteuern Fr. 622 000.—, Bundessubvention für Berufsschulen Fr. 340 000.—, Guthaben Amtsschaffnereien und Anstalten Fr. 2 100 000.—, früherer Eingang eidgenössische Stempelsteuer Fr. 3 400 000.—, Umbuchung von Darlehen auf Wertschriften 500 000.— Franken; Zunahmen verzeichnen die Steuerausstände rund Fr. 4 000 000.—, der Kontokorrent Bund Franken 1 200 000.— und ausstehende Bundessubventionen für Tiefbau Fr. 1 900 000.—. Nettoabnahme Franken 15 454 000.—. **Forsten:** Mehrverkäufe, Korrekturen, Schatzungsberichtigungen Fr. 301 000.—. **Mobiliar und Gerätschaften:** Den Wert der Ankäufe übersteigende Abschreibungen Fr. 480 000.—. **Verbindungskonten:** Kontokorrente mit staatlichen Dienststellen Fr. 145 000.—. **Abzutragende Konten:** Reduktion Schuld Autosteuern und Benzinzoll aus frühern Jahren Fr. 1 289 000.—.

Bei den **Passiven:**

Zunahmen: Schatzanweisungen: Erhöhte Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen 8 000 000.— Franken durch Kantonalbank. **Darlehen:** Vorübergehende Geldaufnahme bei BKW Fr. 9 000 000.—, Darlehen Sport-Toto-Gesellschaft Basel Fr. 936 000.—,

Darlehen Gemeinden für M. O. B. Fr. 154 000.—. **Hypotheken:** Auf Neuankauf Kanonenweg Fr. 200 000.—. **Wertberichtigungen:** Übertrag Eisenbahnamortisationsfonds Fr. 22 000 000.—, Abschreibungen auf Wertschriften Fr. 3 896 000.—. **Transitorische Konten:** Autosteuern 1952, bezogen 1951, Fr. 828 000.—. **Arbeitsbeschaffungskonten:** Eingang Zuschlagsteuern 1951 Fr. 4 924 000.—. **Kapitalkonto zweckgebundenes Staatsvermögen:** Fr. 1 908 000.—. **Kreditoren dieses Vermögens:** Geschuldete Beiträge 1951 aus Steuerausgleichsfonds Fr. 880 000.—.

Abnahmen: Banken: Laufende Rechnungen Franken 144 000.—. **Anleihen:** Ordentliche Abtragung Fr. 2 709 000.—. **Schuldschein:** Ordentliche Abtragung Fr. 1 883 000.—, ausserordentliche Abtragung Franken 200 000.—, Tilgung Kantonalbank Fr. 800 000.—. **Verfallene Titel und Coupons:** Auszahlung der im Vorjahr gekündeten Titel, Anleihen 1906 und laufende Auslosungen Fr. 2 030 000.—. **Kreditoren, Kontokorrente:** Der Wechsel in dieser Gruppe ist stark. Sie weist Zunahmen und Abnahmen auf. Wir erwähnen nur die Hauptposten. Abnahmen: Reduktion Kontokorrent Bund Fr. 5 354 000.—, Schulden der Volkswirtschaftsdirektion Fr. 617 000.—, Domänendirektion 139 000.— Franken, Baudirektion Fr. 516 000.—, Fürsorgedirektion Fr. 285 000.—. Zunahme der Schulden bei Erziehungsdirektion Fr. 4 613 000.— (inklusive Lehrerversicherungskasse Fr. 4 166 000.—), bei Finanzdirektion Fr. 305 000.—. Netto Abnahme Fr. 1 835 000.—. **Barhinterlagen:** Auszahlung grösserer Depots (Jura) Franken 244 000.—. **Rückstellung für Ablösung zweckgebundenes Staatsvermögen:** Korrektur der Vergütung 1949 Fr. 500 000.—. **Reserven, zweckbestimmte:** Übertragung Eisenbahnamortisationsfonds auf Wertberichtigungen und auf Rückstellung Eisenbahnsanierungskonto Fr. 25 600 000.—. Beiträge an Sportplatzbauten Fr. 200 000.—, Überweisungen der Fürsorgedirektion an Rückstellungen und zweckgebundenes Staatsvermögen Fr. 645 000.—, Zahlungen aus Konto Milderung der Arbeitslosigkeit Fr. 105 000.—, total 26 755 000.— Franken. **Reserven, freie:** Bau- und Einrichtungskosten Bergbauernschule Hondrich, Baubeitrag «Asyle Mon Repos» Neuenstadt, aus «Konto für besondere Aufwendungen» Fr. 1 115 000.—.

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates

(Gemäss Art. 3, Absatz 2, des Finanzverwaltungsgesetzes vom 3. Juli 1938)

1. **Hypothekarkasse,** § 31 des Gesetzes vom 18. Juli 1875 über die Hypothekarkasse. Für alle von der Hypothekarkasse eingegangenen Verpflichtungen haftet das Staatsvermögen im allgemeinen und das Aktivkapital der Anstalt im besonderen.
2. **Kantonalbank,** Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1942 über die Kantonalbank. Der Staat haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank.
3. **Hülfskasse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Staatsverwaltung.** Dekret vom 9. November 1920.
   a) § 52. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.
   b) § 67. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4 % des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.
4. **Bernische Kreditkasse.** Gesetz vom 19. Oktober 1924, Art. 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse.
5. **Darlehen der Kantonalbank von Bern an bernische Gemeinden mit Staatsgarantie.**
   a) Grossratsbeschluss vom 14. September 1932. Garantiesumme bis Fr. 1 000 000.
   b) Grossratsbeschluss vom 22. November 1933. Garantiesumme ebenfalls bis Fr. 1 000 000.

III. Finanzinspektorat

Im Berichtsjahr sind nach den bestehenden Vorschriften folgende Revisionen unangemeldet durchgeführt worden:

	Zahl der Kassen	Zahl der Inspektionen
Amtsschaffnereien	30	26
Staatsanstalten	35	31
Gerichtsverwaltung:		
Obergerichtskanzlei	1	1
Verwaltungsgericht	1	1
Handelsgericht	1	1
Übertrag	68	60
Versicherungsgericht	1	1
Betreibungs- und Konkursämter	31	24
Gerichtsschreibereien und andere Kassen der Gerichtsverwaltung	37	39
Regierungsstatthalterämter	30	24
Grundbuchämter	30	22
Andere Kassen von Direktionen	69	54
Total	266	224

Amtsschaffnereien

Die Neugestaltung der Amtsschaffnereibuchhaltungen, d. h. deren Anpassung an die neue Staatsbuchhaltung, hat in allen Teilen die erwarteten guten Resultate gezeigt. In vier Amtsbezirken ist die Buchhaltungsreform mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse noch nicht verwirklicht worden, was sich jedoch bei der monatlichen Rechnungsablage und der periodischen Inspektion an Ort und Stelle nicht hindernd ausgewirkt hat.

In Ausführung des Grossratsbeschlusses vom 23. Mai 1951 sind die Amtsschaffnereien von Niedersimmental und Obersimmental mit derjenigen von Thun vereinigt worden.

Staatsanstalten

Die Prüfung der Monatsrechnungen (Bilanz und Betriebsrechnung) wurde wie bisher und möglichst innerhalb der gesetzten Fristen vom Personal unseres Inspektorates in Bern vorgenommen. Unsere Beanstandungen konnten entweder im direkten Verkehr mit den betreffenden Anstalten oder im Einvernehmen mit den zuständigen Direktionen bereinigt werden.

Inventar der Staatsanstalten

Mit Beschluss vom 24. August 1951 hat der Regierungsrat für die Bewertung von Mobiliar, Maschinen, Viehbeständen und Warenvorräten aller Art, wie auch für die Abschreibungen die Normen festgelegt. Die Anwendung dieser Vorschriften vereinheitlicht die Inventarisation in allen Staatsanstalten.

Kassastellen der Gerichtsverwaltung und andere Kassen der Direktionen

Abgesehen von der Abschaffung der Gebührenmarken in den Betreibungs- und Konkursämtern, ist über nichts Besonderes zu berichten. Sie erfolgte in den grösseren Bezirken schon vor mehr als 10 Jahren bei der Einführung der Gebührentaxiermaschinen. Mit der Einführung der Gebührenverrechnung bei den übrigen Ämtern ist die Verrechnung der Gebühren mit Marken nun bei allen 31 Stellen aufgehoben worden.

Besondere Aufgaben

Wie bisher, ist unser Inspektorat auch in diesem Jahr für besondere Aufgaben und Erhebungen zur Verfügung gestanden. Zu erwähnen ist namentlich die Erhebung betreffend die Pauschalfrankatur.

Unregelmässigkeiten

Den zuständigen Stellen mussten drei Fälle zur Kenntnis gebracht werden. Dabei handelte es sich aber nicht um grosse Beträge.

Personal

a) Inspektorat

Im Berichtsjahr sind keine Änderungen eingetreten.

b) Amtsschaffnereien

Die Stelle des Amtsschaffners von Biel ist infolge des Hinschiedes des Amtsinhabers frei geworden.

Sie ist provisorisch besetzt worden durch W. Kammacher, Notar, bisher Adjunkt des Grundbuchverwalters von Biel.

IV. Hülfskasse

Auf Beginn des Berichtsjahres ist das Dekret vom 13. September 1950 über die Neufestsetzung der Grundbesoldungen des Staatspersonals in Kraft getreten. Es brachte eine Erhöhung der Grundbesoldungen nach Dekret vom 26. November 1946 um 20 % und die Ausrichtung einer nicht versicherten Zulage von 10 % der neuen Grundbesoldungen. Die Beiträge an die Hülfskasse wurden für das Personal auf 6 % und für den Staat auf 8 % (bisher 7, bzw. 9 %) der neuen Grundbesoldungen festgesetzt. Die Berechnung der Versicherungsleistungen der Hülfskasse hat vorläufig auf Grund des gemäss Besoldungsdekret vom 26. November 1946 geltenden anrechenbaren Jahresverdienstes zu erfolgen. Diese Neuordnung bewirkte eine Neuberechnung des beitragspflichtigen Jahresverdienstes für den gesamten Versichertenbestand sowie der Beiträge, gestützt auf die neuen Grundbesoldungen.

Durch Dekret vom 20. November 1951 über die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage für das Jahr 1951, sowie über die Gewährung von Teuerungszulagen für das Jahr 1952 an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse, wurde die Ausrichtung einer zusätzlichen Teuerungszulage für das Jahr 1951 verfügt und die Gewährung von Teuerungszulagen an die Rentenbezüger für das Jahr 1952 in gleicher Weise wie für das Jahr 1951 geordnet.

Gegenüber der letztjährigen Rechnung des Rentenfonds weisen sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben Erhöhungen auf. Bei den Einnahmen sind diese durch den Mehreingang von Beiträgen und Kapitalzinsen bedingt, während sie bei den Ausgaben durch die im Berichtsjahr neu pensionierten Versicherten und die Vermehrung der Zahl der Rentenbezüger sowie das damit im Zusammenhang stehende Anwachsen der

Versicherungsleistungen verursacht worden sind. Die nämliche Erscheinung weist hinsichtlich der Einnahmen auch der Spareinlagenfonds auf, der überdies eine bedeutende Verminderung der Ausgaben für Rückerstattungen an austretende Spareinleger zu verzeichnen hat. Der Unterstützungsfonds, dessen Einnahmen im Berichtsjahr infolge Ausbleibens besonderer Zuwendungen eine erhebliche Verminderung gegenüber der letztjährigen Rechnung erfahren hat, hatte Ausgaben zu bestreiten, die nahezu diejenigen des Vorjahres erreichen und die einen Ausgabenüberschuss und gleichzeitig eine Kapitalverminderung von Fr. 470.55 verursachten. Die Sparkasse für das Aushilfspersonal weist Mindereinnahmen aus Beiträgen, dagegen jedoch Mehrausgaben auf, die auf die Übertragung der Einlagen in den Rentenfonds und in den Spareinlagenfonds zurückzuführen sind.

Der Mitgliederbestand der Hülfskasse verzeichnet im Berichtsjahr 386 Neueintritte, in denen 7 Übertritte aus andern Pensionskassen und 22 Übertritte von den Spareinlegern enthalten sind. Infolge Austritts aus dem Staatsdienst, Pensionierung und Todes sind 383 Mitglieder ausgeschieden. Am Ende des Berichtsjahres bezifferte sich der Mitgliederbestand auf 4477 Personen (Vorjahr 4474 Personen). Der Bestand der Spareinleger hat um 9 Personen zugenommen und zählt auf Ende 1951 512 Sparversicherte. Der Sparkasse des Aushilfspersonals gehörten am Ende des Berichtsjahres 323 Einleger an (Vorjahr 321). Der beitragspflichtige Verdienst betrug am 31. Dezember 1951 für die Mitglieder Fr. 40 842 752.— (Vorjahr Fr. 33 570 767.—), für die Spareinleger Fr. 3 436 104.— (Vorjahr Fr. 2 738 466.—) und für die Einleger der Sparkasse für das Aushilfspersonal Fr. 1 493 193.— (Vorjahr Fr. 1 477 606.—). Die Zahl der Rentenbezüger, die sich am Ende des Berichtsjahres auf 1485 Personen bezifferte, hat einen Zuwachs von 7 Personen erfahren. Die jährliche Rentensumme betrug auf Grund der am 31. Dezember 1951 vorgenommenen Zählung Fr. 4 820 218.—, gegenüber Fr. 4 654 593.— im gleichen Zeitpunkte des Vorjahres. Die Zunahme, die den rechnungsmässigen Erwartungen entspricht, beziffert sich auf Fr. 165 625.— (Vorjahr Fr. 331 147.—).

Die im Berichtsjahr bewilligten Gesuche um den Einkauf von Zusatzjahren bewirkten die Einlage von Einkaufssummen in die Hülfskasse im Betrage von Fr. 150 910.20, wovon der Staat Fr. 91 922.— und die Gesuchsteller Fr. 58 988.20 zu entrichten hatten.

Im Berichtsjahr sind im Bestand der Rentenbezüger folgende Änderungen eingetreten:

	Invalide	Witwen	Waisen	Doppelwaisen	Verwandte
Bestand am 31. Dezember 1950 . . .	735	599	112	25	7
Zuwachs im Berichtsjahr	58	34	14	1	—
	793	633	126	26	7
Abgang infolge Todes und Erlöschens der Rentenberechtigung	47	33	19	—	1
Bestand am 31. Dezember 1951 . . .	746	600	107	26	6
Veränderungen gegenüber dem Vorjahre	+11	+1	—5	+1	—1

Jahresrechnung

Rentenfonds

Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der Verminderung der ausstehenden Einkaufsgelder	Fr.	10 917 447.45
Die Ausgaben betrugen im Berichtsjahr	»	5 043 462.80
Der Einnahmenüberschuss beträgt	Fr.	5 873 984.65

Die Kapitalrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse einschliesslich ausstehende Forderungen	Fr.	75 730 251.90
Es betrug am 31. Dezember 1950 .	»	69 856 267.25
Die *Kapitalvermehrung* pro 1951 beträgt somit	Fr.	5 873 984.65

Spareinlagenfonds

Die Rechnung über den Spareinlagenfonds gestaltet sich folgendermassen:

Einnahmen	Fr.	967 307.05
Ausgaben	»	215 800.50
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr.	751 506.55

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1951	Fr.	7 233 584.90
Er betrug am 31. Dezember 1950 .	»	6 482 078.35
Die *Kapitalvermehrung* pro 1951 beträgt somit	Fr.	751 506.55

Unterstützungsfonds

Einnahmen	Fr.	10 794.25
Ausgaben	»	11 264.80
Der Ausgabenenüberschuss pro 1950 beträgt somit	Fr.	470.55

Die Kapitalrechnung des Unterstützungsfonds zeitigt folgendes Ergebnis:

Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1951	Fr.	256 737.80
Er betrug am 31. Dezember 1950	»	257 208.35
Die *Kapitalverminderung* pro 1950 beträgt somit	Fr.	470.55

Sparkasse des Aushilfspersonals

Einnahmen	Fr.	248 656.25
Ausgaben	»	197 320.70
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr.	51 335.55

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1951	Fr.	907 707.40
Er betrug am 31. Dezember 1950 .	»	856 371.85
Die *Kapitalvermehrung* pro 1951 beträgt somit	Fr.	51 335.55

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Hülfskasse verwiesen.

V. Personalamt

1. Besoldungsverhältnisse und Besoldungswesen

Die seit 1948 unverändert gebliebene Teuerungszulage erfuhr — veranlasst durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten — im Berichtsjahr erstmals wieder eine Erhöhung durch die Ausrichtung einer einmaligen Teuerungszulage (Dekret vom 20. November 1951 über die Gewährung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal für das Jahr 1951). Diese betrug 3 % der pro Jahr berechneten Grundbesoldung nach Abzug des Wertes der vom Staat gelieferten Verpflegung, mindestens aber Fr. 180.— für verheiratetes Personal. Für jedes Kind wurde ausserdem eine Zulage von Fr. 30.— ausgerichtet.

Veranlasst durch die Revision der Ämterklassifikation im Jahre 1948 (Einreihung gleicher Stellen in verschiedene Besoldungsklassen), gab der Regierungsrat am 17. Mai 1951 Richtlinien für die Klasseneinreihung und Beförderung des Personals der bernischen Staatsverwaltung heraus. Es war das erste Mal, dass umfassende Einreihungs- und Beförderungsrichtlinien für das bernische Staatspersonal aufgestellt wurden.

Die Zentralisation der Arbeiten für die Besoldungsauszahlung wurde fortgesetzt. Das Personalamt besorgte die direkte Besoldungsauszahlung für rund 4700 Beamte.

2. Kranken- und Unfallversicherung

Auf Jahresende betrug die Zahl der der Kollektivversicherung der Krankenkasse für den Kanton Bern angehörenden Mitglieder 2395, diejenige der «La Jurassienne» 437. Die Kollektivversicherung der Krankenkasse für den Kanton Bern hat für 942 Personen 1654 Krankenscheine abgegeben, diejenige der «La Jurassienne» für 190 Personen 250 Krankenscheine.

Die Organisation der Kranken- und Unfallversicherung hat sich auch im zweiten Jahr ihres Bestehens bewährt. Beide Einrichtungen erfüllten die in sie gesetzten Erwartungen vollauf.

3. Personalkommission

Die Personalkommission versammelte sich siebenmal. Die Kommission beschäftigte sich vor allem mit dem Dekretsentwurf über das Dienstverhältnis der Staatsbeamten (Dienstordnung), den Beförderungsrichtlinien, der Zimmerbewertung in den Anstalten sowie mit den Reiseentschädigungen.

4. Personalbestand der Staatsverwaltung

Die Direktionen beschäftigten auf Jahresende:

	Beschäftigte inklusive Aushilfen			In Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Männer	Frauen	Zusammen		
Staatskanzlei	31	5	36	35	—
Volkswirtschaft	194	74	268	249	— 1
Justiz	538	89	627	623	+ 4
Polizei	706	91	797	794	+ 16
Finanz	392	79	471	462	— 22
Erziehung	502	169	671	548	+ 6
Kirchen	447	1	448	444	+ 35
Bau- u. Eisenbahn	591	15	606	587	— 1
Forst	273	11	284	128	+ 6
Landwirtschaft	157	91	248	247	+ 3
Militär	194	23	217	217	— 5
Fürsorge	111	86	197	196	— 2
Gemeinde	8	3	11	10	— 1
Sanität	561	575	1136	1130	+ 8
Total	4705	1312	6017	5670	+ 46

Die grössten Personalvermehrungen rühren her:
bei der Kirchendirektion: von der Übernahme der Besoldungen für die durch Dekret vom 8. März 1939 errichteten römisch-katholischen Kirchgemeinden;
bei der Polizeidirektion: von der Nachrekrutierung des Polizeikorps.

Die Personalverminderung bei der Finanzdirektion ist auf den Abbau der für die Volkszählung angestellten Hilfskräfte zurückzuführen.

5. Verschiedenes

Durch eine Verordnung des Regierungsrates vom 24. Mai 1951 wurde erstmals die Beeidigung der Staatsbeamten grundsätzlich geregelt.

Auf 1. Februar 1951 wurde die Kontrolle und Überwachung aller Versicherungspolicen übernommen, soweit sie nicht die Immobilienversicherung betreffen. Es handelt sich um ca. 250 Policen.

Veranlasst durch die Neuordnung der Ortszulagen bei der Bundesverwaltung wurden auch die Ortszulagen der kantonalen Verwaltung überprüft und z. T. neu festgesetzt (Regierungsratsbeschluss vom 16. Januar 1951 mit Abänderungen vom 8. Juni und 27. November 1951).

VI. Steuerwesen

A. Zentralverwaltung

1. *Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte.* Die restlichen 53 Rekurse aus der *Hauptrevision* wurden im Berichtsjahr entschieden, wie auch die noch ausstehenden 5 Beschwerden vor Verwaltungsgericht. — Über die Kosten der Hauptrevision war auf Jahresende mit sämtlichen Gemeinden abgerechnet. Gestützt auf die Einfache Anfrage Landry wurde durch RRB vom 17. Mai 1951 verfügt, den schwerbelasteten Gemeinden an die Kosten der amtlichen Bewertung aus dem Sonderfonds des Steuerausgleichsfonds Fr. 100 000.— nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel zukommen zu lassen.

Berichtigungen von amtlichen Werten sind 11 725 (8167) vorgenommen worden. Rekurse wurden von den Steuerpflichtigen 238 (107) und von der Steuerverwaltung 3 eingereicht; 206 davon sind bereits entschieden. Über die Kosten der Berichtigungen wurde mit 479 Gemeinden abgerechnet; trotz mehrmaliger Aufforderung haben die restlichen Gemeinden ihre Abrechnungen noch nicht eingereicht.

2. *Die Abteilung für Steuererlassgesuche* hatte auf Ende 1950 noch 1253 Gesuche hängig. Neu eingegangen sind im Berichtsjahr 13 615 (14 488) Gesuche, und zwar 4164 (3458) für die Wehrsteuer und das Wehropfer und 9451 (11 030) für die Staatssteuern, wovon nicht weniger als 5335 den Kreis Bern-Stadt und nur 4116 Gesuche den ganzen übrigen Kanton betreffen. Von den total 14 868 (15 310) Gesuchen konnten 14 182 erledigt werden; 686 blieben hängig. — Für die Steuerjahre 1946 bis 1951 wurde ein Gesamtbetrag von Fr. 499 837.60 (464 734.57) erlassen. — Ausser den Erlassgesuchen hat die Abteilung noch rund 500 Stundungs- und Rückerstattungsgesuche behandelt.

3. *Meldungen für die AHV und die Krankenkassen.* Für die Veranlagungsperiode 1951/52 sind von 111 Ausgleichskassen bis zum Jahresende 61 756 (74 518) Meldeformulare über das Einkommen selbständig Erwerbender oder nicht erwerbstätiger Steuerpflichtiger eingegangen; bis Ende der Periode werden es wieder rund 75 000 sein. Verarbeitet werden sie erst 1952. — An Erhebungsformularen für die Krankenkassen mussten 16 360 (11 467) ausgefüllt werden.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Im Jahr 1951 fand die dritte Veranlagung unter neuem Recht statt. Die Zahl der eingeschätzten Steuerpflichtigen betrug 330 704 (1949: 332 641). Der Vergleich mit der Staatsrechnung 1950 und dem Voranschlag 1951 gibt folgendes Bild:

	Rechnung 1950	Budget 1951	Rechnung 1951	+ oder — gegenüber Rechnung 1950	+ oder — gegenüber Budget 1951
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen . . .	73 114 973.—	77 500 000.—	77 644 164.—	+ 4 529 191.—	+ 144 164.—
Vermögen	12 126 690.—	11 600 000.—	12 396 586.—	+ 269 896.—	+ 796 586.—
Total	85 241 663.—	89 100 000.—	90 040 750.—	+ 4 799 087.—	+ 940 750.—

Wenn man zu dieser Hauptsteuer der natürlichen Personen noch die übrigen direkten Steuern hinzurechnet (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuer, Nach- und Strafsteuern sowie Eingang abgeschriebener Steuern), so ergibt sich für 1951 eine *gesamte Brutto-Steuereinnahme* von Fr. 113 625 559.—. Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Mehreinnahme von Fr. 1 337 559.—, gegenüber der Rechnung 1950 eine Mehreinnahme von Fr. 3 040 036.—

Die Kosten für *Verwaltung, Veranlagung und Bezug* belaufen sich für 1951 auf Fr. 7 073 039.— und sind Fr. 234 664.— über dem Voranschlag. An Bezugsprovisionen wurden den Gemeinden Fr. 2 835 072.— ausbezahlt gegenüber Fr. 3 044 323.— im Vorjahr. Die Abschreibungen auf den direkten Steuern betragen Fr. 3 954 295.— und sind um Fr. 906 952.— höher als im Vorjahr.

C. Steuern der juristischen Personen

Von den 7416 (7758) steuerpflichtigen juristischen Personen betrafen 2240 (2175) Aktiengesellschaften und GmbH., 2073 (2035) Genossenschaften und 3103 (3548) übrige juristische Personen. Steuerbefreit sind 3745.

Neugründungen erfolgten im Berichtsjahre 341 (690); liquidiert haben 155 (307) und fusioniert 3 (2) juristische Personen. Interkantonale Steuerteilungen wurden 578 (570) vorgenommen.

Von den juristischen Personen bezahlten Steuerbeträge:
1 juristische Person über Fr. 800 000.—;
2 juristische Personen zwischen Fr. 400 000.— und Fr. 500 000.—;
7 juristische Personen zwischen Fr. 300 000.— und Fr. 400 000.—;
3 juristische Personen zwischen Fr. 200 000.— und Fr. 300 000.—;
14 juristische Personen zwischen Fr. 100 000.— und Fr. 200 000.—.

1. Erwerbsgesellschaften und Genossenschaften

Gewinnsteuer (Reinertrag)	Fr.	12 020 947.—
Kapitalsteuer (Reinertrag)	»	3 825 849.—
Zusammen	Fr.	15 846 796.—
Voranschlag	»	17 000 000.—
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	1 153 204.—
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	»	1 918 756.—

2. Holdinggesellschaften

Holdingsteuer (Reinertrag)	Fr.	22 373.—
Voranschlag	»	18 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	4 373.—
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	»	2 470.—

3. Selbsthilfegenossenschaften

Ertragsteuer (Reinertrag)	Fr.	1 709 147.—
Vermögensteuer (Reinertrag)	»	814 200.—
Zusammen	Fr.	2 523 347.—
Voranschlag	»	2 250 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	273 347.—
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	108 889.—

4. Übrige juristische Personen

Einkommensteuer (Reinertrag)	Fr.	759 255.—
Vermögensteuer (Reinertrag)	»	659 067.—
Zusammen	Fr.	1 418 322.—
Voranschlag	»	1 250 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	168 322.—
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	»	94 106.—

Die Abteilung für juristische Personen hat im Veranlagungsverfahren für sich und für andere Abteilungen 969 (1283) Bücheruntersuchungen vorgenommen und 131 (54) Erlassgesuche behandelt. Für die Steuerverwaltung und zahlreiche Abteilungen anderer Direktionen wurden am Adressograph 350 473 (261 875) Adressen gedruckt.

D. Vermögensgewinnsteuer

Der *Reinertrag* der Vermögensgewinnsteuer belief sich auf Fr. 3 004 174.— (Fr. 2 612 137.—), was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Franken 1 004 174.— und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 392 037.— ausmacht.

Die Zahl der Veranlagungen betrug 5080 (4183). Einsprachen waren 457 (565) zu erledigen; 52 (42) wurden an die Rekurskommission weitergezogen und davon 3 als Beschwerden an das Verwaltungsgericht. An Erlassgesuchen waren 211 (212) zu behandeln.

E. Nach- und Strafsteuern

Der *Reinertrag* beziffert sich auf Fr. 746 025.— (Fr. 998 092.80). Behandelt wurden 3815 (3939) Fälle in bezug auf die kantonalen Steuern, die Wehropfer I und II sowie die Wehrsteuern der Perioden I bis V. Nach- und Strafsteuern mussten festgesetzt werden: Für die Staatssteuern in 707 (676) Fällen, Wehropfer 251 (264), kantonale und eidgenössische Wehrsteuer 521 (444), total 1479 (1384) Fällen; die übrigen konnten als richtig versteuert abgeschrieben werden.

Für die kantonalen Nach- und Strafsteuern wurden 41 (78) Gesuche um Herabsetzung eingereicht; ganz oder teilweise entsprochen wurde in 28 Fällen, während 13 abgewiesen wurden. An die Rekurskommission wurden 9 kantonale und 7 eidgenössische Fälle weitergezogen. Bussen für Anstiftung und Inventarvergehen wurden in 19 Fällen ausgesprochen.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der *Reinertrag*, abzüglich Gemeindeanteil, beläuft sich auf Fr. 4 065 168.15 (Fr. 4 037 927.45), was gegenüber dem Voranschlag einen Mehrertrag von 65 168.15 Franken ausmacht. Die Rückerstattungen machen in 184 Fällen Fr. 69 995.75 (Fr. 85 930.80) aus.

An *Gemeindeanteilen* wurden Fr. 1 016 263.55 (Fr. 993 329.25) ausgerichtet. Die Verrechnung mit den Handänderungsabgaben machte in 832 (767) Fällen Fr. 325 895.40 (Fr. 310 008.40) aus.

Behandelt wurden 9033 (8859) Fälle. Von den abgabepflichtigen Fällen von total 2885 (2724) ergaben 50 Fälle eine Steuer von mehr als Fr. 15 000.— im Einzelfall.

Erbschaftssteuerprozesse vor Verwaltungsgericht sind in 21 (18) Fällen geführt worden. — *Gesuchsanträge* wurden 261 (211) gestellt und *Bussen* mussten in 10 (9) Fällen ausgesprochen werden.

G. Kantonale Wehrsteuer

I. Periode (1942): Total Eingang bis 31. Dezember 1951 Fr. 7 079 003.75; Eingang im Jahre 1951 374.85

Franken; mit diesem Eingang ist die erste Periode abgeschlossen.

II. Periode (1943/44): Total Eingang bis 31. Dezember 1951 Fr. 20 682 982.18; Eingang im Jahre 1951 Fr. 27 532.50; Ausstand auf Ende 1951 Fr. 1 306.27.

H. Eidgenössische Steuern

1. Eidgenössische Wehrsteuer

I. Periode (1941/42): Total Eingang bis 31. Dezember 1951 Fr. 31 776 085.16, davon Anteil des Kantons (32,5 %) Fr. 10 327 227.65; Eingang im Jahre 1951 Fr. 15 714.63; mit diesem Eingang ist die I. Periode vollständig liquidiert.

II. Periode (1943/44): Total Eingang bis 31. Dezember 1951 Fr. 51 243 663.01, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 15 373 098.93; Eingang im Jahre 1951 Fr. 54 583.22; Ausstand auf Ende 1951 Fr. 5387.65.

III. Periode (1945/46): Weil das zweite Wehropfer erhoben wurde, war für die III. Periode keine Vermögensteuer zu entrichten. Total Eingang bis 31. Dezember 1951 Fr. 51 906 813.21, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 15 572 043.96; Eingang im Jahre 1951 Fr. 160 553.74; Ausstand auf Ende 1951 Franken 71 054.19.

IV. Periode (1947/48): Für das Jahr 1947 wurde keine Vermögensteuer erhoben, da noch die III. Rate des zweiten Wehropfers zu entrichten war. Total Eingang bis 31. Dezember 1951 Fr. 78 842 711.90, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 23 652 813.57; Eingang im Jahre 1951 Fr. 663 791.38; Ausstand auf Ende 1951 Fr. 255 692.64.

V. Periode (1949/50): Total Eingang bis 31. Dezember 1951 Fr. 90 493 338.21, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 27 148 001.46; Eingang im Jahre 1951 Fr. 42 157 824.16; Ausstand auf Ende 1951 Franken 1 897 023.28.

VI. Periode (1951/52): Die Eröffnungen wurden den Steuerpflichtigen erst auf den 1. März 1952 zugestellt.

2. Sonderzuschlag zur Wehrsteuer 1949

Total Eingang bis 31. Dezember 1951 15 776 714.18 Franken, davon Anteil des Kantons (10 %) 1 577 671.43 Franken; Eingang im Jahre 1951 Fr. 1 004 820.81; Ausstand auf Ende 1951 Fr. 276 442.45.

3. Eidgenössisches Wehropfer

I. Wehropfer (1940–42): Total Eingang bis 31. Dezember 1951 Fr. 93 106 681.38, davon Anteil des Kantons (10 %) Fr. 9 310 668.10; Eingang im Jahre 1951 Fr. 7119.34; mit diesem Eingang ist das I. Wehropfer abgeschlossen.

II. Wehropfer (1945–47): Total Eingang bis 31. Dezember 1951 Fr. 119 715 183.22, davon Anteil des Kantons (10 %) Fr. 11 971 518.35; Eingang im Jahre 1951 Fr. 183 475.69; Ausstand auf Ende 1951 Fr. 54 297.43.

J. Eidgenössische Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

Das kantonale Verrechnungssteueramt hat eine erhebliche Mehrarbeit zugewiesen erhalten durch die Kontrollen aus den Doppelbesteuerungsabkommen mit Schweden und mit den USA.

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren: Der im Berichtsjahr ermittelte Verrechnungssteuerbetrag von total Fr. 21 845 570.— (Fr. 12 736 920.95) verteilt sich auf 131 079 (90 580) Gutschriften, wovon Fr. 21 596 771.95 (Fr. 12 635 447.40) durch die Gemeinden mit Staats- und Gemeindesteuern verrechnet und Fr. 248 798.05 (Fr. 101 473.55) den Berechtigten direkt zurückerstattet worden sind. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen wurden insgesamt 4460 (5579) ausgefertigt.

b) Vorzeitiges Verrechnungsverfahren: Die vorzeitig behandelten Anträge auf Verrechnung oder Rückerstattung der im Jahre 1951 an der Quelle abgezogenen Verrechnungssteuer setzen sich wie folgt zusammen:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	614	Fr. 104 435.30
Lotteriegewinne . .	1124	» 224 632.10
Übrige.	81	» 144 191.90
Total	1819 (1334)	Fr. 473 259.30

c) Beschleunigtes Verrechnungsverfahren: Für in den Jahren 1944 bis 1950 abgezogene Verrechnungssteuerbeträge wurden insgesamt 2281 (1424) Rückerstattungsanträge beschleunigt behandelt, und zwar:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	1306	Fr. 532 171.85
Lotteriegewinne . .	764	» 244 092.25
Übrige.	211	» 155 581.85
Total	2281 (1424)	Fr. 931 845.95

2. Wertschriftenbewertung

Es sind insgesamt 2497 (545) Bewertungen von Aktien und Anteilen bernischer Aktiengesellschaften, GmbH und Genossenschaften vorgenommen worden. In 31 (281) Einsprachefällen mussten zu beanstandeten Bewertungen Vernehmlassungen ausgefertigt werden.

K. Gemeindesteuerwesen

Teilungspläne: Die Abteilung für das Gemeindesteuerwesen hatte 1971 (4688) Gemeindesteuerteilungen für natürliche und 70 (377) für juristische Personen vorzunehmen. Einsprachen sind 16 (44) eingelangt, von denen 10 erledigt wurden. An das Verwaltungsgericht wurde eine einzige Beschwerde (BKW) eingereicht, die noch hängig ist.

Steuerausgleichsfonds: Ordentliche Beiträge aus dem Hauptfonds für die Jahre bis und mit 1950 erhielten 101 (100) Gemeinden im Betrage von Fr. 785 770.— (Fr. 684 975.90). Dem Hauptfonds sind zudem die im

Jahre 1952 auszurichtenden Beiträge für das Jahr 1951 mit Fr. 880 000.— und an Verwaltungskosten 30 000.— Franken belastet worden. Ausserordentliche Beiträge aus dem Sonderfonds wurden an 22 (17) Gemeinden in der Höhe von Fr. 97 210.— (Fr. 78 600.—) ausgerichtet. Daneben erhielten 112 schwerbelastete Gemeinden gemäss RRB vom 17. Mai 1951 einen Beitrag an ihre Kosten der amtlichen Bewertung im Totalbetrag von Fr. 99 995.81. Auf Jahresbeginn belief sich der Hauptfonds auf Fr. 6 204 786.05 und der Sonderfonds auf Fr. 692 840.30.

Im Berichtsjahr gingen an Gemeindesteuern von Banken und Sparkassen als Leistungen für das Jahr 1950 Fr. 2 141 495.05 ein. Die Zinsen betrugen für den Hauptfonds Fr. 185 648.80 und für den Sonderfonds 20 785.20 Franken. An Gemeindesteuern für das Jahr 1951, die jedoch erst im Jahr 1952 eingehen werden, wurden beiden Fonds Fr. 1 643 981.85 gutgeschrieben. Der Stand des Hauptfonds beträgt auf Jahresende Franken 8 101 594.05 und der des Sonderfonds Franken 894 967.39. Die Aufnahme der per Ende 1951 ausstehenden Gemeindesteuern und geschuldeten Beiträge stellt eine Neuerung dar, die den Zweck hat, den Stand des Steuerausgleichsfonds auf Ende des Rechnungsjahres so genau wie möglich auszuweisen, während nach bisheriger Praxis am Ende eines Rechnungsjahres der Stand des Fonds auf Ende des Vorjahres wiedergegeben wurde.

L. Stempelabgabe

1. Kantonale Stempelsteuer

	Voranschlag pro 1951	Roherträgnisse pro 1951	Roherträgnisse pro 1950
Stempelmarken	Fr. 1 450 000.—	Fr. 1 492 721.—	Fr. 1 413 456.20
Stempelpapier	» 140 000.—	» 178 827.30	» 132 802.35
Spielkartenstempel	» 40 000.—	» 75 524.—	» 69 976.—
Total Rohertrag	Fr. 1 630 000.—	Fr. 1 747 072.30	Fr. 1 616 234.55
Hievon gehen ab:			
Papier- und Druckkosten, Provisionen der Stempelbezüger und Verwaltungskosten	» 164 773.—	» 167 230.55	» 151 362.45
Reinertrag	Fr. 1 465 227.—	Fr. 1 579 841.75	Fr. 1 464 872.10

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 114 614.75
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 114 969.65

Das gute Ergebnis ist auf die immer noch anhaltende Konjunktur zurückzuführen.

2. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag 1951	Rechnung 1951	Rechnung 1950
Rohertrag	Fr. 600 000	Fr. 637 571.43	Fr. 592 628.91
Wovon abgehen:			
Beiträge zur Förderung von Kunst und Wissenschaft (siehe Konto 2000 941 4 der Erziehungsdirektion)	» 458 000	» 449 747.85	» 499 383.35
Reinertrag	Fr. 142 000	Fr. 187 823.58	Fr. 93 245.56

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 45 823.58
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 94 578.02

Der Mehrertrag ist infolge geringerer Aufwendungen für Kunst und Wissenschaft entstanden.

VII. Statistisches Bureau

1. Natürliche Bevölkerungsbewegung. Die Aufarbeitung des Volkszählungsmaterials ist noch nicht so weit fortgeschritten, dass es uns möglich wäre, die übliche Berechnung über die Veränderung im Bevölkerungsstand durchzuführen. Wir beschränken uns deshalb für dieses Jahr darauf, die Ergebnisse der natürlichen Bevölkerungsbewegung festzuhalten. Sie zeigte im Kanton Bern seit dem Jahre 1927 folgende Entwicklung:

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuss
1927–1930 . . .	49 042	31 551	17 491
1931–1935 . . .	57 361	39 129	18 232
1936–1940 . . .	54 612	39 836	14 776
1941–1945 . . .	72 614	40 605	32 009
1946	16 331	8 291	8 040
1947	16 153	8 587	7 566
1948	15 989	8 281	7 708
1949	15 439	8 218	7 221
1950	15 415	7 789	7 626
1951 prov.. . .	14 834	8 200	6 634

Die Geburtenziffer zeigt wiederum eine rückläufige Tendenz. Trotz günstiger Sterbeverhältnisse geht der Geburtenüberschuss zurück.

2. Die Erhebung über den Beschäftigungsgrad ist weitergeführt worden. An der Berichterstattung im Baugewerbe wirken rund 110, in der Industrie rund 380 Firmen, die gegen 50 % des dem Fabrikgesetz unterstellten Personals beschäftigen, mit. Die Berichterstatter verteilen sich auf alle Zweige und Landesgegenden, so dass ein zuverlässiges Bild des Beschäftigungsgrades entsteht. Für die Berechnung eines Durchschnittes werden die Angaben nach der Bedeutung der einzelnen Zweige für die bernische Volkswirtschaft berücksichtigt. Die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt des Jahres 1944 wird gleich 100 gesetzt. Auf dieser Basis wird an jedem Quartalsende ein Index berechnet (siehe nachstehende Tabelle).

Nachdem in den Jahren 1947 und 1948 ein Höchststand erreicht war, sank der Beschäftigungsstand im Jahre 1949 und anfangs 1950 etwas zurück. Das 3. und 4. Quartal 1950 zeigt (zufolge des Kriegsausbruches in Korea und der nachfolgenden Rüstungstätigkeit) eine gehobene Arbeitsintensität. Diese wurde während des ganzen Jahres 1951 noch überboten. Der im ersten Quartal 1952 festgestellte Beschäftigungsstand wird nur von jenem des Jahres 1948 überboten.

Betriebszweige	Gewichtung	1951 Quartale I	II	III	IV	1952 I. Quartal
Textilindustrie	6	146	148	147	145	139
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	9	124	121	118	115	114
Nahrung, Genussmittel	12	108	106	112	118	108
Chemische Industrie	2	136	139	146	136	128
Papier, Leder, Kautschuk	3	118	121	121	122	122
Graphisches Gewerbe	5	136	138	138	137	138
Holzbearbeitung	9	121	123	120	120	116
Maschinen, Apparate, Metalle	21	142	147	140	152	151
Uhren, Bijouterie	15	113	118	118	124	128
Steine und Erden	3	100	102	102	104	107
Alle Industrien, gewogen	85	125,4	127,6	126,2	130,4	128,5
Baugewerbe	15	134	165	161	128	138
gewogener Gesamtindex	100	126,7	133,3	131,4	130,1	129,9
» » 1950	.	116,6	120,4	124,6	121,7	
» » 1949	.	125,3	126,8	122,4	116,1	
» » 1948	.	133,6	138,3	137,6	127,7	
» » 1947	.	128,5	133,7	137,9	130,2	
» » 1946	.	115,6	121,9	127,9	128,0	
» » 1945	.	102,4	110,2	112,4	113,1	
» » 1944	.	101,2	100,2	94,2	104,4	

3. Erhebung über die Wohnungsproduktion. Auf den Stichtag vom 25. März wurde 1952 wiederum die Wohnungsproduktion erhoben und der Stand des Wohnungsmarktes erfragt. Die Produktion betrug nach unsern Feststellungen:

Jahr	Neuerstellte Wohnungen	Je auf Ende März in Bau befindliche Wohnungen	leerstehende Wohnungen Total	davon bereits vermietet
1945 . . .	2638	1310	326	105
1946 . . .	3344	.	.	.
1947 . . .	4042	3225	236	96
1948 . . .	4711	3546	275	123
1949 . . .	3792	2164	338	114
1950 . . .	4719	2943	554	207
1951 . . .	4753	2994	1035	371
Jan./März 1952. . .	625	2316	892	274

Die Produktion hat diejenige der Jahre 1948 und 1950 nochmals erreicht und ist als reichlich zu bezeichnen. Vom Januar bis März 1952 wurden über 600 Wohnungen erstellt, und am Stichtag befanden sich rund 2300 Wohnungen im Bau.

Zur Beurteilung des Wohnungsmarktes müssen wir auch den Bedarf berücksichtigen. Wir rechnen auf Grund früherer Prüfungen auf 100 bestehende Ehen mit einem Bedarf von 125 Wohnungen. Die Entwicklung im Bestand der Ehen und die Zunahme des danach berechneten Wohnungsbedarfes sowie der Vergleich mit der Wohnungsproduktion nahm seit 1945 folgenden Verlauf:

Jahr	Vermehrung der Ehen	Zunahme des Wohnungsbedarfes	Festgestellte Wohnungsproduktion	Überdeckung der Bedarfsvermehrung
1945 . . .	2 560	3 200	2 638	— 562
1946 . . .	3 040	3 800	3 344	— 456
1947 . . .	3 060	3 825	4 042	217
1948 . . .	2 880	3 600	4 711	1111
1949 . . .	2 550	3 190	3 792	602
1950 . . .	2 640	3 300	4 719	1419
1951 (prov.)	2 480	3 100	4 751	1651
	19 210	24 015	27 997	3982

Nur in den Jahren 1945 und 1946 wurde der Bedarf nicht gedeckt. Seither überschritt die Produktion den Bedarfszuwachs fortwährend, so dass die Überdeckung von rund 2330 im Vorjahr auf rund 3980 Einheiten per Ende 1951 anstieg. Es führte das zu einer Entspannung des Wohnungsmarktes.

Der Bestand an leeren Wohnungen ist gestiegen. Zwar melden noch eine ganze Anzahl Gemeinden, dass ein Wohnungsmangel («besonders an billigen Wohnungen») bestehe. Diese Meldungen drücken ein subjektives Urteil der Berichterstatter aus. Die Bewegung des Verhältnisses der Antworten lässt dennoch eine Besserung der Verhältnisse erkennen. Die Frage nach dem Bestehen eines Wohnungsmangels wurde beantwortet mit:

Erhebungsjahr	Ja	Nein
1947	318	175
1948	336	157
1949	312	181
1950	266	227
1951	222	271
1952	222	270

Wie im Vorjahr überwiegen die Gemeinden, für die das Bestehen eines Mangels verneint wird.

4. Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken. Die in Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern seit 1928 ununterbrochen durchgeführte Untersuchung über die Höhe des Aufwandes der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken haben wir weitergeführt. Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand betrug:

	1948 Fr.	1949 Fr.	1950 (prov.) Fr.
Barleistungen . . .	19 642 052	21 464 173	22 163 275
Naturalleistungen (unbezahltes Gemeindewerk) . . .	484 556	499 618	503 742
Total Bruttoaufwand	20 126 608	21 963 791	22 667 017

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	1948 Fr.	1949 Fr.	1950 (prov.) Fr.
Beiträge von Bund und Kanton . . .	753 979	779 571	955 983
Beiträge von andern Gemeinwesen. . .	53 772	54 859	68 517
Beiträge von Privaten	787 220	803 317	816 779
Nettoaufwand der Gemeinden und ihrer Unterabteilungen .	18 531 637	20 326 044	20 825 738
Total wie oben. . .	20 126 608	21 963 791	22 667 017

Der zu Lasten der Gemeinden fallende jährliche Aufwand nahm im Laufe der Erhebungsjahre folgende Entwicklung:

Jahr	Absolut	Je Kopf der Wohnbevölkerung
1928/1932	Fr. 10 035 440 =	Fr. 14.51
1933/1937	» 8 293 673 =	» 11.48
1938/1942	» 6 649 219 =	» 9.11
1943	» 6 867 493 =	» 9.24
1944	» 7 144 775 =	» 9.53
1945	» 8 282 260 =	» 10.94
1946	» 13 745 158 =	» 18.05
1947	» 16 712 207 =	» 21.26
1948	» 18 531 637 =	» 23.36
1949	» 20 326 044 =	» 25.39
1950 (prov.)	» 20 825 738 =	» 25.97

Seit 1945 ist der Aufwand der Gemeinden für den Strassen- und Brückenbau ausserordentlich stark gewachsen. Er erreichte im Jahre 1950 den 2½fachen Betrag des Jahres 1945 und war doppelt so gross als in der Periode 1928–1932.

Für die Berechnung des Gesamtaufwandes für den Unterhalt von Strassen und Brücken im Kanton ist zu oben verzeichneten Beträgen noch der Aufwand des Bundes und des Kantons zuzuzählen.

Nach Ämtern geordnet, betrug der Aufwand der Gemeinden für ihre Strassen (exklusive Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege)

für die Jahre 1948, 1949 und 1950 (die Zahlen seit dem Jahre 1928 sind in den früheren Verwaltungsberichten veröffentlicht):

	1948 Fr.	1949 Fr.	1950 (prov.) Fr.
Aarberg	374 388	349 336	392 194
Aarwangen	799 543	734 925	591 596
Bern	6 424 681	7 585 419	6 718 827
Biel	1 787 545	1 849 084	2 284 718
Büren	444 710	638 700	506 982
Burgdorf	436 934	451 262	619 930
Courtelary	901 128	942 044	1 044 412
Delémont	507 484	482 985	420 273
Erlach	85 979	131 273	81 557
Franches-Montagnes	133 918	197 542	166 983
Fraubrunnen	157 941	223 289	223 725
Frutigen	166 060	208 548	226 841
Interlaken	600 192	678 917	586 214
Konolfingen	306 012	437 164	450 069
Laufen	182 756	158 851	159 070
Laupen	145 830	223 298	168 302
Moutier	1 066 949	1 141 412	1 415 754
La Neuveville	185 166	143 306	83 144
Nidau	261 448	330 940	307 639
Oberhasli	112 525	143 057	192 265
Porrentruy	588 957	470 355	465 053
Saanen	98 685	69 352	102 067
Schwarzenburg	128 508	126 643	125 818
Seftigen	317 776	262 027	380 873
Signau	333 343	311 052	365 588
Nieder-Simmental	200 226	296 722	261 914
Ober-Simmental	47 166	58 721	55 050
Thun	979 705	1 008 571	1 780 801
Trachselwald	419 241	380 284	333 038
Wangen	336 841	290 965	315 041
Total	18 531 637	20 326 044	20 825 738

5. Statistik der Steuern und der Steuerkraft der Gemeinden. Im abgelaufenen Jahr wurden die Erträge der direkten Gemeindesteuern von 1947, die Steueranlagen von 1945 bis 1948 bereinigt und druckfertig gestellt. Für die Gemeinden wurde auch die Steuerkraft sowie der Tragfähigkeitsfaktor 1947 berechnet und in der Publikation dargelegt. Es ist dies unsere erste Veröffentlichung, die unter dem neuen Steuergesetz in der Reihe der «Mitteilungen des Statistischen Bureaus des Kantons Bern» als Nr. 31 erscheint.

Wie in den Vorjahren berechneten wir die Steuerkraft 1949, die Steuerbelastung und die relative finanzielle Tragfähigkeit der bernischen Gemeinden. Das Ergebnis wurde vervielfältigt und den interessierten Verwaltungszweigen zur Verfügung gestellt.

Ferner stellten wir die beschlossenen Steueranlagen der bernischen Gemeinden pro 1951 zusammen. Das Heft enthält die Anlage der politischen Gemeinde und der Unterabteilungen. In besonderen Kolonnen ist das Steuervielfache der Kirchgemeinden angeführt. Die Aufstellung wurde vervielfältigt und den Gemeinden zur Berechnung der Steuerteilungen zugestellt.

6. Begutachtung für Beihilfeordnung. Die Arbeit erfolgt zuhanden der Ausgleichskasse des Kantons und betraf im Berichtsjahr 2912 Mutationen und Beihilfegesuche von Gebirgsbauern.

7. Weinernteerhebung. Diese jährlich durchgeführte Erhebung in den weinbauenden Gemeinden wurde wiederum vorgenommen und entsprechend den Vorschriften des Weinstatuts ausgestaltet. Die ermittelten Ergebnisse gaben wir an die Abteilung für Landwirtschaft im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement weiter. Die Zahl der Rebenbesitzer im Kanton Bern beträgt 1255. Das Rebareal wird mit 280,89 ha und der Wert der Ernte 1951 mit Fr. 2 132 985 angegeben. Es wurden in 25 bernischen Gemeinden Rebberge festgestellt. Die Gemeinde Zwingen meldet, dass in ihrem Gemeindebann der Rebbau aufgegeben wurde.

8. Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe der staatlichen Anstalten des Kantons Bern. Die 1929 begonnene Untersuchung über die Veränderung der Lage der Landwirtschaft anhand der Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe öffentlichrechtlicher Unternehmungen wurde weitergeführt.

a) Umfang der Untersuchung

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfläche in ha Total	davon Wald
1929/30	19	2424	84
1931/35	19	2472	88
1936/40	19	2520	96
1941/45	19	2577	134
1946/49	20	2645	150
1950	20	2724	147
1951	20	2732	147

Die Zahl der Betriebe ist gleich geblieben. Extensive Kulturarten wie Magerweiden und Streueflächen sind mit einer Reduktion in unsere Kulturflächensumme einbezogen. Die bessere Kultivierung dieser Flächen hat dazu geführt, dass aus einem Teil der Magerweiden Fettweiden wurden und Streueflächen in normales Kulturland übergeführt worden sind, was in einer kleinen Zunahme der Kulturfläche sichtbar wird.

* * *

Die Änderung in der Staatsrechnung wirkte sich in den buchhalterischen Ergebnissen der Staatsbetriebe aus. Bis zum Jahre 1949 sind in den Betriebsergebnissen die Änderungen in den Inventarbeständen berücksichtigt. Die Inventarisation erfolgte im wesentlichen zu möglichst stabilen Werten. Seit 1950 sind Bestandesveränderungen in den Betriebsergebnissen nicht mehr berücksichtigt. Bei den Inventuraufnahmen fand eine verstärkte Anpassung der Einzelwerte an die heutigen Preisstände statt, wodurch ein entsprechender Inventargewinn erscheint. Für die Beurteilung der Betriebsergebnisse haben wir aber die Veränderung in den Inventarbeständen zu berücksichtigen; störend kann jedoch eine Änderung in den Bewertungssätzen wirken.

Während im Jahr 1950 die Wertvermehrung in den Inventarbeständen sich auf Fr. 148 815.— oder Fr. 55.—

per Hektar beschränkte, hatte die Höherbewertung auf Ende 1951 eine «Verbesserung» des Betriebsergebnisses um Fr. 1 100 907 oder Fr. 402.— pro Hektar ausgelöst. Die Änderung in der Bewertung der Inventarbestände wirkt sich also insbesondere für die Beurteilung der Betriebsergebnisse 1951 störend aus.

Die Verbesserung des Ergebnisses ist somit nicht real, sondern nur nominell. Für die Beurteilung der realen Veränderungen vergleicht man besser die Betriebsergebnisse der Jahre 1950 und 1951 nach Abzug der Wirkung der Höherbewertung. Um das zu ermöglichen, geben wir in den nachfolgenden Tabellen neben den Resultaten, die die Inventarveränderungen enthalten, noch jene, bei denen sie nicht enthalten sind. Die Wirkung dieser veränderten Inventarbewertung wird durch folgende Zahlen charakterisiert:

Der Inventarwert des Pächterkapitals aller Staatsbetriebe betrug

per 31. Dezember 1941	Fr. 3 154 806.—
per 31. Dezember 1949	» 3 588 788.—
per 31. Dezember 1951	» 4 838 510.—

Der durchschnittliche Inventarwert der Kühe bei einem Bestand, der zwischen 979 bis 1087 Stück schwankte, betrug per 31. Dezember 1942 Fr. 742.12 und blieb annähernd auf gleicher Höhe bis 1949, als er Fr. 742.70 ausmachte. Auf Ende 1950 ist er erhöht worden auf Fr. 751.86 und auf Ende 1951 auf 1101.78 Franken. Grundsätzlich sollte man für die Betriebsbeurteilung mit möglichst stabilen Werten rechnen und jede Aufwertung der Maschinen vermeiden. Für einen Landwirtschaftsbetrieb haben die Viehbestände gewissermassen die Funktion von «Betriebsmaschinen». Wenn man diese aufwertet, wird das Betriebsergebnis gestört.

b) Erträge, Aufwand und «Überschuss». Die Staatsbetriebe lieferten folgende Ergebnisse je Jahr:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss" Fr.
	aa) absolut:		
1929/30.	2 849 703	1 995 447	854 256
1931/35.	2 338 911	1 945 259	393 652
1936/40.	2 639 123	1 966 090	673 033
1941/45.	4 455 474	2 461 542	1 993 932
1946/49.	4 760 002	3 359 008	1 400 994
1950 . .	5 040 459	4 406 230	634 229
1951 . .	6 423 568	4 837 647	1 585 921
1950[1]) .	4 955 443	4 470 029	485 414
1951[1]) .	5 264 581	4 779 567	485 014

[1]) Resultate ohne Berücksichtigung der Inventarveränderungen.

bb) je Hektar Kulturfläche:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss" Fr.
1929/30.	1176	823	353
1931/35.	946	787	159
1936/40.	1047	780	267
1941/45.	1729	955	774
1946/49.	1798	1268	530
1950 . .	1850	1617	233
1951 . .	2351	1771	580
1950[1]) .	1819	1641	178
1951[1]) .	1927	1749	178

Ohne Berücksichtigung der Inventaraufwertung resultiert pro 1951 eine Verbesserung im Ertrag gegenüber dem Vorjahr um Fr. 309 138.—. Es ist aber gleichzeitig der Aufwand um Fr. 309 538.— gestiegen, so dass sich der «Überschuss» auf dem Vorjahresniveau hält. Je Hektar gerechnet übersteigt der «Überschuss» das Ergebnis der Krisenjahre 1931/35 nur noch um eine Kleinigkeit, und er macht ungefähr die Hälfte des Betrages in der Periode 1929/30 aus. Es widerspiegelt die Entwicklung des «Überschusses» in den Staatsbetrieben den Verlauf der Betriebsergebnisse der grösseren Landwirtschaftsbetriebe, die vorzugsweise mit entlöhnten Arbeitskräften zu wirtschaften haben.

Damit der störende Einfluss der Bewertung des Inventarbestandes ausser Betracht fällt, sind die Ergebnisse von 1950 und 1951 ohne Berücksichtigung der Inventarveränderungen zu vergleichen. Darnach ergab der Rindviehzuwachs eine Verbesserung des Resultates um Fr. 47 767.— oder rund 7 ¼ %. Die Milchproduktion ergab eine Ertragssteigerung gegenüber 1950 um Franken 117 775.— oder rund 12,3 %. Auch die Schweinehaltung erbrachte eine Ertragsvermehrung von Franken 113 120.—, während der übrige Tierbestand, Pferde, Geflügel, Schafe sowie der Ertrag aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte eine leichte Einbusse verzeichnet. Die Reduktion auf der letzteren Position ist zum Teil dem Umstand zuzuschreiben, dass in vermehrtem Masse Erträge der Feldprodukte durch die Viehhaltung Verwertung fanden und bei deren Ertragssteigerung mitwirkten.

Die Aufwandskosten sind gesamthaft gleich stark gestiegen wie die Gesamterträge. Die Kostensteigerungen treten namentlich für den Gebäudeunterhalt und für den Aufwand der Besoldungen und Arbeitslöhne in Erscheinung.

[1]) Resultate ohne Berücksichtigung der Inventarveränderungen.

Die einzelnen Betriebszweige lieferten folgende Endroherträge:

Jahr	Rindviehhaltung Tiere Fr.	Rindviehhaltung Milch Fr.	Schweinehaltung Fr.	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.) Fr.	Landwirtschaftliche Produkte Fr.	Verschiedenes Fr.
			aa) absolut:			
1929/30	372 051	627 924	500 349	49 226	1 141 242	158 911
1931/35	194 971	593 960	314 893	50 579	1 015 346	169 162
1936/40	327 217	563 999	339 814	78 411	1 172 142	157 540
1941/45	514 628	683 250	474 529	192 303	2 539 399	51 365
1946/49	610 814	858 616	748 461	189 587	2 296 553	55 971
1950	702 316	956 048	708 799	188 066	2 183 501	301 729
1951	1 443 783	1 073 823	912 410	299 434	2 322 479	371 639
1950 [1])	656 321	956 048	704 218	201 480	2 138 192	299 184
1951 [1])	704 088	1 073 823	817 338	197 863	2 124 660	346 809
			bb) je Hektar Kulturfläche:			
1929/30	154	259	206	20	471	66
1931/35	79	240	127	21	411	68
1936/40	130	224	135	31	465	62
1941/45	200	265	184	75	985	20
1946/49	231	324	282	72	868	21
1950	258	351	260	69	802	110
1951	528	393	334	110	850	136
1950 [1])	241	351	258	74	785	110
1951 [1])	258	393	299	72	778	127

Für die einzelnen Aufwandsgruppen wurden folgende Beträge je Jahr aufgewendet:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäudeunterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Düngemittel Fr.	Sämereien Fr.	Futtermittel Fr.	Verschiedene Ausgaben Fr.
			aa) absolut:				
1929/30	354 485	34 035	194 747	121 476	72 017	351 048	249 012
1931/35	360 280	23 812	166 084	91 879	68 395	329 219	245 457
1936/40	365 514	17 645	141 942	95 187	100 919	365 403	243 390
1941/45	384 689	45 366	286 128	164 194	175 290	356 720	237 244
1946/49	382 405	65 936	387 735	223 816	238 788	536 781	279 165
1950	375 565	170 242	290 371	206 758	219 091	579 047	618 397
1951	379 321	257 142	415 951	206 832	173 229	715 716	642 349
1950 [1])	375 565	170 242	330 568	213 392	214 879	600 227	618 397
1951 [1])	379 321	257 142	332 452	212 024	179 541	729 631	642 349
			bb) je Hektar Kulturfläche:				
1929/30	146	14	81	50	30	144	103
1931/35	146	10	67	37	28	133	99
1936/40	145	7	56	38	40	145	97
1941/45	149	18	111	64	68	138	92
1946/49	145	25	147	84	90	202	106
1950	138	62	107	76	80	212	227
1951	139	94	152	76	64	262	235
1950 [1])	138	62	121	78	79	221	227
1951 [1])	139	94	122	77	66	267	235

c) Das volkswirtschaftliche Einkommen und seine Zusammensetzung. Den besten Einblick in die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft bietet die Veränderung des volkswirtschaftlichen Einkommens (Netto-Rohertrag). Dieses ist der Betrag, der als Entgelt für die aufgewendete bezahlte und unbezahlte Arbeit, für das festgelegte eigene und fremde Kapital und für Steuerleistungen zur Verfügung steht. Das volkswirtschaftliche Einkommen ist auch jene Grösse, die nicht nur im Kanton Bern, sondern in verschiedenen andern Kantonen als Grundlage für die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens herangezogen wird. Es ist am besten geeignet, Vergleiche zwischen den Ergebnissen der verschiedenen Anstalten zu ziehen, weil es den störenden Einfluss der verschiedenartigen Arbeitsverfassung der einzelnen Betriebe beseitigt.

Der Netto-Rohertrag ist auch jene Grösse, die in erster Linie einen Vergleich mit den Ergebnissen der Rentabilitätserhebungen des schweizerischen Bauernsekretariates ermöglicht.

[1]) Resultate ohne Berücksichtigung der Inventarveränderungen.

In den untersuchten Betrieben verteilt sich das volkswirtschaftliche Einkommen auf:

Jahr	die Besoldungen und Arbeitslöhne Fr.	den Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit Fr.	Total volkswirtschaftliches Einkommen Fr.
	aa) absolut:		
1929/30.	618 627	1 208 741	1 827 368
1931/35.	660 133	753 932	1 414 065
1936/40.	636 090	1 038 547	1 674 637
1941/45.	811 913	2 378 620	3 190 533
1946/49.	1 244 382	1 783 399	3 027 781
1950 . .	1 946 759	1 009 794	2 956 553
1951 . .	2 047 107	1 965 242	4 012 349
1950 [1]) .	1 946 759	860 979	2 807 738
1951 [1]) .	2 047 107	864 335	2 911 442
	bb) je Hektar Kulturfläche:		
1929/30.	255	499	754
1931/35.	267	305	572
1936/40.	252	412	664
1941/45.	315	922	1237
1946/49.	469	675	1144
1950 . .	715	371	1086
1951 . .	749	719	1468
1950 [1]) .	715	316	1031
1951 [1]) .	749	317	1066

Das volkswirtschaftliche Einkommen oder der Netto-Rohertrag zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von Fr. 382 je Hektar. Diese Verbesserung ist vorzugsweise der Höherbewertung der Inventargegenstände zuzuschreiben. Ohne Berücksichtigung der Inventarveränderungen resultiert eine Verbesserung des volkswirtschaftlichen Einkommens um Fr. 35 je Hektar. Wenn die Wirkung der Höherbewertung des Inventars auf die Jahre 1942–51 gleichmässig verteilt worden wäre, hätte das durchschnittlich pro Jahr eine Erhöhung des Netto-Rohertrages je Hektar um rund Fr. 40 ausgelöst.

Für die Arbeitskosten sind gegenüber dem Jahr 1950 Fr. 34 je Hektar mehr aufgewendet worden. Sie machen fast das Dreifache des Aufwandes vor dem 2. Weltkrieg aus. Der Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für die unbezahlte Arbeit, welcher dem landwirtschaftlichen Einkommen der Bauernbetriebe entspricht, ist, wenn man von der Wirkung der Höherbewertung der Inventarstücke absieht, auf gleichem Niveau wie im letzten Jahr geblieben. Gruppiert nach der Art der Anstalten ergeben sich folgende Netto-Rohertragsziffern je Hektar Kulturfläche:

In den Gutsbetrieben der	1945 Fr.	1949 Fr.	1950 Fr.	1951 Fr.	1951 [1]) Fr.
landw. Schulen .	1246	1151	1294	1316	1472
Strafanstalten .	1320	1072	995	1426	892
Heil- und Pflegeanstalten . .	1274	1317	1288	1673	1370
Erziehungsanstalten . .	1315	1195	1018	1465	1187
Durchschnitt sämtl. Betriebe	1302	1140	1086	1468	1066

[1]) Resultate ohne Berücksichtigung der Inventarveränderungen.

Obwohl die Durchschnittszahlen sich schon bei einer beschränkten Anzahl Betriebe ausgleichen, zeigen die Einzelergebnisse eine grosse Streubreite. Dieser Umstand ist bei den Folgerungen vom Durchschnitt auf den Einzelbetrieb zu beachten. Es wiesen die Staatsbetriebe folgende Einzelergebnisse auf:

Volkswirtschaftliches Einkommen per ha Fr.	Zahl der Betriebe 1945	1948	1949	1950	1951	1951 [1])
Bis 600	—	2	1	3	—	3
601— 900	6	6	5	5	5	3
901—1200	4	3	4	2	4	6
1201—1500	3	4	4	4	2	1
1501—1800	5	3	6	5	4	4
Über 1800	1	2	—	1	5	3
Total	19	20	20	20	20	20

9. Obstbaumzählung. Vom 15. Juli bis 16. September fand in den bernischen Gemeinden eine Zählung der Obstbäume statt. Lediglich drei Gemeinden der Freiberge waren von der Erhebung befreit. Erfasst wurden sämtliche Obstbäume der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke sowie jene der Hausgärten der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung. Zur Anwendung kam eine neue Erhebungsmethode. Es wurden Berufsbaumwärter mit der Begehung der Baumgärten beauftragt, so dass die Eigentümer nicht oder nur gelegentlich beansprucht wurden.

Schon die vorläufigen Ergebnisse lassen erkennen, dass die mit bedeutendem Aufwand unternommene Zählung ein recht vollständiges Bild des Baumbestandes gibt. Es sind für den Kanton Bern folgende Zahlen ermittelt worden:

	Baumformen aller Art
Birnbäume	409 500
(davon Mostbirnen = 50 900)	
Apfelbäume	1 301 500
Kirschbäume	461 500
Zwetschgen- und Pflaumenbäume .	636 800
Pfirsichbäume	24 900
Aprikosenbäume	18 300
Quittenbäume	30 100
Nussbäume	70 900
Total	2 953 500
Davon: landwirtschaftlicher Obstbau	2 375 500
Gartenobstbau	573 600
Obstplantagen	4 400

Mit der allgemeinen Obstbaumzählung sind auch die hauptsächlichsten Apfelsorten ermittelt worden. Bereits im Jahre 1928 fand eine Sortenzählung statt. Obwohl in den Erhebungsarten Unterschiede bestehen, lässt sich ein Bild über die Verschiebungen im Sortenaufbau gewinnen. Darnach zeigt die Sorte Schöner von Boskoop eine starke Steigerung. Sie ist heute im Kanton Bern die führende Sorte und übersteigt den Anteil der Sorte Sauergrauech. Auch die Sorte Berner Rosen weist eine namhafte Entwicklung auf. Neu treten namentlich die Sorten Glockenapfel und Ontario verstärkt in Erscheinung, während die Sorten Jakob Lebel, Gravensteiner, Klarapfel, Menznauer Jäger, Danziger Kant-

[1]) Resultate ohne Berücksichtigung der Inventarveränderungen.

apfel eine fühlbare Verminderung ihrer Anteile zu verzeichnen haben.

Von 100 Apfelhochstämmen entfallen

	nach der kantonalen Obstbaumzählnng 1928	nach der eidgenössischen Obstbaumzählung 1951
Sauergrauech	12,7	10,9
Schöner von Boskoop.	7,6	12,8
Jakob Lebel	7,5	4,1
Berner Rosen	5,3	7,4
Gravensteiner	5,3	4,8
Bohnapfel	5,2	4,9
Klarapfel	4,5	3,2
Osnabrücker	3,6	.
Menznauer Jäger . . .	2,3	1,2
Danziger Kantapfel. .	1,9	0,8
Schöner von Kent . .	1,5	.
Ontario	.	2,2
Glockenapfel	.	1,3
Übertrag	57,4	53,6
Jonathan	.	0,6
Chüsenrainer	.	0,5
Übrige Apfelsorten . .	42,6	45,3
	100,0	100,0

10. Viehzählung. Am 21. April 1951 wurde eine eidgenössische Viehzählung durchgeführt. Es handelte sich um eine der gesetzlich vorgesehenen, alle fünf Jahre wiederholten Gesamterhebungen. Es wurde nicht nur das Grossvieh, sondern auch Kleinvieh, Geflügel und Bienen in allen Gemeinden gezählt. Mit der Erhebung war eine Aufnahme der Silobehälter zur Einsäuerung von Viehfutter verbunden.

Auf den 20. November 1951 war eine repräsentative Schweinezählung vorgesehenen. Wegen der in der Hauptsache ausserhalb des Kantons Bern da und dort aufflackernden Maul- und Klauenseuche wurde die Erhebung nicht durchgeführt.

VIII. Salzhandlung

Umsatz pro 1951

1. *Kochsalz*

Kochsalz, unjodiertes, offen	2 150 300 kg
Kochsalz, jodiertes, offen	5 951 000 kg
Kochsalz, unjodiertes in Paketen. . .	39 225 kg
Kochsalz, jodiertes, in Paketen . . .	515 425 kg
Total	8 655 950 kg
Im Vorjahr wurden abgegeben (gewöhnliches 2 216 650 kg, jodiertes offenes 6 109 250 kg, in Paketen 406 225 kg)	8 732 125 kg
Im Berichtsjahr wurden weniger verkauft	76 175 kg

2. *Andere Salzarten*

	Umsatz 1950 kg	Umsatz 1951 kg	Mehr-Umsatz als 1950 kg	Weniger-Umsatz als 1950 kg
Tafelsalz	236 405	215 625	—	20 780
Tafelsalz Grésil .	1 655	9 200	7 545	—
Meersalz	68 300	72 100	3 800	—
Gewerbesalz . .	1 995 950	2 799 600	803 650	—
Vergoldersalz . .	16 200	12 800	—	3 400
Salzlecksteine . .	225	112	—	113
Nitritpökelsalz . .	107 950	130 150	22 200	—
Übrige Spezialsalze	40 750	28 300	—	12 450

Den Rheinsalinen wurden für die sämtlichen Bezüge (Koch- und Spezialsalze) Fr. 1 282 652.70 bezahlt gegenüber Fr. 1 204 212.15 im Vorjahr.

Reinertrag

Dieser geht hervor aus dem Bruttoertrag von		Fr. 2 848 601.58
abzüglich der Betriebskosten von	Fr. 1 659 054.72	
und der Verwaltungskosten von	» 45 801.80	
		» 1 704 856.52
verbleiben der Staatskasse als Reinertrag		Fr. 1 143 745.06
Im Voranschlag war ein Ertrag vorgesehen von		Fr. 947 544.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag		Fr. 196 201.06
Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Reinertrag *vermehrt* um . .		Fr. 87 234.68

Inbegriffen im Reinertrag von Fr. 1 143 745.06 ist eine Rückvergütung der Schweizerischen Rheinsalinen von Fr. 42 146.25 für Bezüge auf dem offenen Kochsalz im Jahre 1950.

IX. Domänenverwaltung

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch einen ziemlich regen Liegenschaftsverkehr. So wurden u. a. die beiden Gebäude Kanonenweg 12 und 14 in Bern, in denen das Zahnärztliche Institut seit Jahren provisorisch eingemietet war, käuflich erworben. Dieser Ankauf drängte sich auf, einmal, weil die Besitzer deren Verkauf beabsichtigten und zum andern, weil die beiden Gebäude, im unmittelbaren Bereich von Frauenspital, Hochschule und Obergerichtsgebäude liegend, auch nach der Erstellung des neuen Zahnärztlichen Institutes vermöge ihrer sehr günstigen Lage sich vorteilhaft für andere Zwecke verwenden lassen. Für den Neubau des Zahnärztlichen Institutes ist ein Teil des im Jahre 1924 erworbenen Choisygutes in der Nähe des Inselspitals als Bauplatz vorgesehen. Das Haus Freiburgstrasse Nr. 11 wird zu diesem Zwecke abgebrochen.

Als weiterer bedeutender Zuwachs ist zu vermerken der Bauplatz für das neue kantonale Haushaltungslehrerinnenseminar. Die Gemeinde Bern hat dem Staat im Melchenbühl ein Areal von 7300 m² im Werte von über Fr. 300 000 unentgeltlich abgetreten.

Zur Einrichtung des Internates für das jurassische Haushaltungslehrerinnenseminar wurde in Pruntrut die Besitzung Dr. Mandelert, ein für diesen Zweck sehr gut geeignetes Landhaus mit schönem Garten, erworben.

Ferner erfuhr der Domänenbestand einen Zuwachs durch den Ankauf der Besitzung Gygax in Erlach. Dieser Ankauf erfolgte im Zusammenhang mit dem Projekt des Amthausneubaus.

Neben diesen vier wichtigsten Ankäufen wurden im Berichtsjahr zahlreiche kleinere und grössere Handänderungen getätigt durch Verkäufe und Abtausche. Die im Vorjahr angekaufte Wirtschaft «Zur Linde», Murtenstrasse in Bern, wurde, weil baufällig, abgebrochen und das so gewonnene Areal im Baurecht zu günstigen Bedingungen zur Erstellung einer Autohalle verpachtet, wobei gleichzeitig ein Vorkaufsrecht auf eine Nachbarliegenschaft einbedungen werden konnte.

Ausser diesen Handänderungen beschäftigten die Liegenschaftsverwaltung auch in diesem Jahr die sehr zahlreichen Pacht- und Mietverhältnisse, Dienstbarkeitsverträge usw., sowie insbesondere auch die Beschaffung von geeigneten Räumlichkeiten für verschiedene Verwaltungsabteilungen. So wurde u. a. eine bisher verstreut untergebrachte grössere Abteilung der kantonalen Steuerverwaltung in einem Mietobjekt zusammengefasst, und im gleichen Gebäude konnte auch der Sekundarschulinspektor und das Kirchensekretariat geeignet untergebracht werden. Im weitern musste der vermehrte Raumanspruch des Polizeikommandos durch die Miete zweier Stockwerke an der Neuengasse befriedigt werden. Daselbst konnte nun auch das kantonale Schutzaufsichtsamt zweckmässig untergebracht werden. Die durch die Kündigung des «Ratskellers» durch die Gemeinde Bern geschaffene Lage beschleunigte das Umbauprojekt für die Häuser Nydeggasse 11 und 13, so dass die Unterbringung der kantonalen Ausgleichskasse (Versicherungsamt) in modern ausgebaute und dem Betrieb angepasste Räumlichkeiten demnächst möglich wird.

Das *Schloss Münchenwiler*, dessen Betreuung am 1. Januar 1951 der Finanzdirektion übertragen wurde, war im Berichtsjahr durch zahlreiche militärische und private Kurse belegt, die einen wenn auch bescheidenen Ertrag abwarfen. In einem Flügel des Schlosses wurde eine geräumige Pfarrwohnung eingerichtet.

Die in den Vorjahren begonnene Aktion der Angleichung der Mietzinse für Bezirksbeamten-Wohnungen konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Die Mietzinsfestsetzungen erfolgten in Zusammenarbeit mit dem Personalamt und der kantonalen Preiskontrolle und dürften, generell gesehen, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Dass es bei den sehr unterschiedlichen alten Mietzinsansätzen nicht ohne gewisse Schwierigkeiten abging, liegt in der Natur der Sache.

Eine wesentliche Arbeitsbelastung ergab sich auch aus den zahlreichen komplizierten Seegrundgeschäften, insbesondere am Bieler- und Wohlensee.

Die sowohl unter dem Zuwachs, wie unter den Verminderungen aufgeführten namhaften Berichtigungen beziehen sich insbesondere auf nachträgliche Änderungen in den amtlichen Werten sowie auf Neubauten (Bellelay, Brienz usw.). Der Verkauf von 9000 m² Seegrund am Wohlensee an die BKW erfolgte im Zusammenhang mit einer von den Werken durchgeführten Auflandung.

Über die zahlenmässigen Auswirkungen des gesamten Liegenschaftsverkehrs geben die nachstehenden Übersichten im einzelnen Auskunft.

A. Ankäufe

1. *Amt Bern.* Von der Erbengemeinschaft Maisch sind die beiden Liegenschaften Kanonenweg 12 und 14, in welchen das Zahnärztliche Institut der Universität untergebracht ist, zum Preise von Fr. 510 000 erworben worden. Der amtliche Wert beträgt Fr. 339 100.

Für den Neubau des staatlichen Haushaltungslehrerinnenseminars in Bern stellte die Einwohnergemeinde Bern dem Staat eine Baulandparzelle an der Weltistrasse im Halte von 73,02 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 14 600, unentgeltlich zur Verfügung.

2. *Amt Delsberg.* Zum Zwecke einer Grenzbereinigung zwischen der Liegenschaft der Landjägerwohnungen, route de Bâle 9 in Delsberg, und derjenigen des Anstössers O. Froidevaux, sind von diesem 17 m² Terrain zum Preise von Fr. 246.50 erworben worden.

3. *Amt Erlach.* In Erlach wurde von Frl. Luise Gygax eine Liegenschaft, bestehend aus Wohnhaus und

8,42 a Terrain, mit einem amtlichen Wert von Fr. 18 510 zum Preise von Fr. 25 000 erworben. Der Kauf war notwendig, um dem projektierten Amthausneubau die notwendige Ausdehnung zu ermöglichen.

4. *Amt Pruntrut.* Zum Zwecke der Bereitstellung eines Internates für die Schülerinnen des nunmehr verstaatlichten Haushaltungslehrerinnenseminars in Pruntrut erwarb der Staat von Dr. V. Mandelert, Arzt in Pruntrut, die Liegenschaft Rue Thurmann 16 zum Preise von Fr. 140 000. Der Halt beträgt 13,70 a, der amtliche Wert Fr. 89 490.

5. *Amt Niedersimmental.* Zuhanden der Bergbauernschule Hondrich sind von Gottfried Althaus daselbst zur Verbesserung einer Zufahrt 23 m² Land zum Preise von Fr. 230 erworben worden. Dem Verkäufer wurde ferner eine Obstbaumentschädigung von Fr. 100 ausgerichtet.

In Wimmis trat die Kantonale Forstverwaltung zur Arrondierung der dortigen Schlossdomäne der Domänendirektion 16,77 a Terrain mit einem amtlichen Wert von Fr. 200 unentgeltlich ab.

B. Verkäufe

1. *Amt Bern.* Für eine Gehweganlage an der Freiburgstrasse in Bern wurde von dem seinerzeit für einen Amthausneubau auf dem Holligengut erworbenen Land der Gemeinde Bern ein Abschnitt von 168 m² zum Preise von Fr. 6720 käuflich abgetreten. Amtlicher Wert Fr. 1200.

In Zollikofen ist dem Walter Salvisberg, Beamter SBB, von einer Parzelle der landwirtschaftlichen Schule Rütti ein Stück Land von 252 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 100 zu Fr. 1260 verkauft worden.

2. *Amt Erlach.* Durch die Arbeitsanstalt St. Johannsen sind der Gemeinde Gals für die Erstellung eines Weges 16,04 a Land mit einem amtlichen Werte von Fr. 540 gratis überlassen worden.

3. *Amt Oberhasli.* Dem Kreisoberförster in Meiringen, Hermann Vogt, ist vom dortigen Pfrundgut eine Bauparzelle von 7,94 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 1810 zum Preise von Fr. 3970 veräussert worden. Der Staat hat sich auf dem auf diesem Land zu erstellenden Wohnhaus ein Vorkaufsrecht vorbehalten.

4. *Amt Obersimmental.* Von unserer Liegenschaft «Obegg» in Zweisimmen veräusserten wir der dortigen Einwohnergemeinde für die Erstellung eines Fussweges 44 m² und dem Alfred Zysset zwecks Arrondierung seines Heimwesens 4,36 a Land zum Preis von Fr. 44 bzw. Fr. 436. Amtlicher Wert der Abschnitte Fr. 20 und 200.

5. *Amt Trachselwald.* Zum Zwecke einer Wohnungsbeschaffung sind dem Regierungsstatthalter Maier in Trachselwald vom dortigen Pfrundgut 7,07 a Bauland mit einem amtlichen Wert von Fr. 200 zum Preise von Fr. 1414 käuflich abgetreten worden.

C. Abtausche

1. *Amt Bern.* Das Erziehungsheim Landorf in Köniz tauschte an Gottfried Gilgen, Gärtnermeister in Köniz, 27 a Land mit einem amtlichen Wert von Fr. 1030 gegen eine Parzelle mit gleichem Halt und einem amtlichen Wert von Fr. 9450 ohne Leistung eines Tauschpreises ab.

2. *Amt Konolfingen.* In Münsingen ist mit der Einwohnergemeinde eine Staudwaldparzelle des dortigen Schlossgutes im Halte von 33,34 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 330 gegen 3 Staudwaldparzellen im Totalhalte von 51,66 a mit einem amtlichen Wert von ebenfalls Fr. 330 wertgleich abgetauscht worden.

3. *Amt Wangen.* Zum Zwecke von Arrondierungen tauschte das Knabenerziehungsheim Oberbipp der Frau Wwe. Ida Schaad eine Landparzelle von 11,36 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 400 gegen eine solche von 10,21 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 360 wertgleich ab.

Übersicht über den Liegenschaftsverkehr

Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich ha	Erdreich a	Erdreich m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Bern	2	1	19	81	363 150	510 000.—
Delsberg	—	—	—	17	140	246.50
Erlach	1	—	8	42	18 510	25 000.—
Konolfingen	—	—	51	66	330	Tausch
Pruntrut	1	—	13	70	89 490	140 000.—
Nieder-Simmental	—	—	17	00	210	330.—
Wangen	—	—	10	21	360	Tausch
	4	2	20	97	472 190	675 576.50

Abgang durch Verkäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Bern	—	—	31	20	2 330	7 980.—
Erlach	—	—	16	04	540	—
Konolfingen	—	—	33	34	330	Tausch
Oberhasli	—	—	7	94	1 810	3 970.—
Ober-Simmental	—	—	4	80	220	480.—
Trachselwald	—	—	7	07	200	1 414.—
Wangen	—	—	11	36	400	Tausch
	—	1	11	75	5 830	13 844.—

Seegrund- und Flussbettverkäufe

		a	m²		Kaufpreis Fr.
Brienzersee:	Iseltwald	—	26	an Hans Steininger, Iseltwald	130.—
Thunersee:	Faulensee	—	76	an Martha Roth, Faulensee	760.—
	Leissigen	1	22	an Gyps-Union AG., Leissigen	610.—
	Sundlauenen	—	9	an Hans Kappeler, Bern	45.—
	Sundlauenen	—	9	an Fritz Käsermann, Bern	45.—
Wohlensee:	Wohlen	91	15	an Bernische Kraftwerke AG., Bern	911.50
Birs:	Laufen	2	51	an Aluminium Laufen AG	2510.—
		96	08		5011.50

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.
Stand der Domänen am 31. Dezember 1950	3364	97	49	95 885 552.—
a) Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche gem. Aufstellung	2	20	97	472 190.—
b) Zuwachs durch ordentliche Berichtigungen	1	86	75	3 753 665.—
	3369	05	21	100 111 407.—
Verminderung im Jahre 1951:				
a) durch Verkäufe und Abtausche gemäss Aufstellung	1	11	75	5 830.—
b) Berichtigungen infolge ordentlicher Schatzungsveränderungen	—	52	27	1 081 735.—
Bestand der Domänen am 31. Dezember 1951	3367	41	19	99 023 842.—

Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf	Fr.	392 513.48
Im Voranschlag waren vorgesehen (ohne Besoldung)	»	394 065.—
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	1 551.52

Dieser Minderertrag ergibt sich aus:

Mehrausgaben	Fr.	43 834.25
Mehreinnahmen beim Ertrag	»	42 282.73
	Fr.	1 551.52

X. Kantonalbank

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind, und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden ist.

Rechnungsergebnis

Laut Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich das Rechnungsergebnis für das Jahr 1951 aus folgenden Buchungen zusammen:

Ertrag an Zinsen, netto (einschliesslich 3 % Zins auf dem durchschnittlichen Wertschriftenbestand)				Fr. 8 885 938.78
Kommissionen, netto				» 1 816 091.56
Ertrag des Wechselportefeuilles				» 1 757 428.32
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen				» 993 892.71
Ertrag der Liegenschaften				» 236 272.88
Verschiedenes				» 517 072.17
				Fr. 14 206 696.42
Wovon abgehen:				
Verwaltungskosten			Fr. 9 421 647.11	
Steuern und Abgaben			» 821 404.62	
Verluste und Abschreibungen:				
Verluste auf Wechseln	Fr.	4 384.65		
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen	»	23 148.54		
Abschreibungen auf Mobiliar	»	136 960.15		
Abschreibungen auf Bankgebäuden, ordentl.	»	103 540.—		
Abschreibungen auf Bankgebäuden, ausserordentl.	»	400 000.—		
Rückstellungen für besondere Risiken	»	99 500.—		
	Fr.	767 533.34		
Abzüglich Wiedereingänge	»	18 125.57		
			» 749 407.77	
				» 10 992 459.50
			Jahreserträgnis	Fr. 3 214 236.92
Beantragte Verwendung:				
1. 4½ % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40 000 000			Fr. 1 800 000.—	
2. Zuweisung an den Reservefonds			» 200 000.—	
3. Zuweisung an einen neu zu dotierenden Baufonds			» 200 000.—	
4. Zuweisung an die Generalreserve für Risiken			» 1 014 236.92	
				Fr. 3 214 236.92

XI. Hypothekarkasse

Wie in frühern Jahren beschränken wir uns auch hier auf die Wiedergabe der Hauptposten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat der Anstalt enthalten sind. Der Bericht der Hypothekarkasse steht den Mitgliedern des Grossen Rates zur Verfügung.

Gewinn- und Verlustrechnung

Ertrag:	Hypothekaranlagen		Fr. 19 362 358.28
	Konto-Korrent-Debitoren mit Deckung		» 15 215.80
	Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung		» 40 386.45
	Konto-Korrent-Guthaben und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften		» 1 090 160.61
	Bankendebitoren		» 57 485.70
	Ertrag der Provisionen		» 24 154.—
	Zinsertrag der Wertschriften, Kursgewinne und Kommissionen		» 1 699 410.—
	Ertrag der Liegenschaften		» 32 790.80
	Summe des Rohertrages		Fr. 22 321 961.64
Kosten:	Verzinsung der festen Anleihen	Fr. 2 772 643.10	
	Verzinsung der Pfandbrief-Darlehen	» 1 343 923.95	
	Langfristige Kassaobligationen	» 130 541.70	
	Kassascheine und Obligationen	» 1 575 188.65	
	Spareinlagen	» 3 059 379.74	
	Spezialfonds	» 8 769 827.53	
	Depositen in Kontokorrent	» 266 361.31	
	Kreditoren auf Sicht	» 38 143.66	
	Kommissionen	» 65 095.22	
	Bankbehörden und Personal	» 763 165.30	
	Pensionskasse	» 57 809.45	
	Geschäfts- und Bureaukosten	» 75 378.28	
	Steuern und Abgaben	» 843 273.40	
	Verluste und Abschreibungen	» 20 314.—	
	Rückstellung für Baufonds	» 790 406.—	
	Zuweisung an Reservefonds	» 400 000.—	
	Verzinsung des Stammkapitals	» 1 200 000.—	
			» 22 171 451.29
	Ergibt einen Reinertrag von		Fr. 150 510.35

Gegenüber dem Reinertrag des Vorjahres von Fr. 150 210.96 ergibt sich für das Jahr 1951 ein Mehrertrag von Fr. 299.35.

XII. Bernische Kraftwerke

Die *Gewinn- und Verlustrechnung* der Bernischen Kraftwerke weist für 1951 folgende Hauptposten auf:

Haben:	Saldovortrag vom Jahre 1950		Fr. 140 288.65
	Ertrag aus dem Energielieferungsgeschäft		» 13 324 797.—
	Ertrag aus dem Installationsgeschäft		» 388 030.85
	Ertrag der Beteiligungen und Wertschriften		» 410 366.10
	Summa Rohertrag		Fr. 14 263 482.60
Soll:	Obligationenzinse	Fr. 624 707.75	
	Steuern, Abgaben und Schwellenlasten	» 1 965 804.95	
	Abschreibungen	» 6 693 972.15	
	Einlage in den Tilgungsfonds	» 700 000.—	
	Einlage in den Erneuerungsfonds	» 650 000.—	
			» 10 634 484.85
	Bleibt ein Reingewinn von		Fr. 3 628 997.75

Der Reingewinn wurde wie folgt verwendet:

Zuweisung an den allgemeinen Reservefonds	Fr. 50 000.—
Zuweisung an den Spezial-Reservefonds	» 350 000.—
$5^1/_2$ % Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56 000 000	» 3 080 000.—
Vortrag auf neue Rechnung	» 148 997.75
	Fr. 3 628 997.75

Der Energieabsatz erreichte im Berichtsjahr einen neuen Höchststand und betrug 1 480 111 561 kWh gegenüber 1 361 840 667 kWh im Vorjahr, was einer Zunahme von 8,7 % entspricht.

Auf die einzelnen Abnehmerkategorien verteilt, gestaltet sich die Energieabgabe in kWh wie folgt:

	1951	1950
Allgemeines Licht- und Kraftnetz	783 797 441	691 369 974
Normalbahnen	77 151 962	82 479 636
Schweizerische Elektrizitätswerke	373 860 938	366 081 987
Ausländische Elektrizitätswerke	45 149 500	47 974 421
Elektrochem. und elektrothermische Betriebe	200 151 720	173 934 649

Die Deckung des gesamten Energieabsatzes von 1 480 111 561 kWh erfolgte aus: eigenen Werken mit 487 903 700 kWh (479 540 000), den Kraftwerken Oberhasli mit 519 996 810 kWh (452 189 514) und fremden Werken mit 472 211 051 kWh (430 111 153).

Die Einnahmen aus dem Energielieferungsgeschäft sind von Fr. 48 595 023.95 im Vorjahr auf 52 300 504.80 Franken gestiegen, was einer Mehreinnahme von Fr. 3 705 480.85 entspricht. Dagegen sind auch die Ausgaben infolge höherer Sach- und Personalauslagen von Fr. 34 754 402.50 im Vorjahr auf Fr. 38 975 707.80 gestiegen. Die Zunahme beträgt Fr. 4 221 305.30. Der Bruttoüberschuss des Energielieferungsgeschäftes ist dementsprechend von Fr. 13 840 621.45 im Vorjahr auf Fr. 13 324 797 zurückgegangen.

Das Installationsgeschäft verzeigt bei 13 360 598.30 Franken (12 560 627.65) Einnahmen und 12 972 567.45 Franken (12 271 905.75) Ausgaben einen Bruttoüberschuss von Fr. 388 030.85 (288 721.90).

Die Abschreibungen auf den Kraftwerken, Leitungen, Stationen und Verteilanlagen, Verwaltungsgebäuden und anderen Liegenschaften, Mobilien, Werkzeugen und Instrumenten betragen Fr. 6 693 972.15 gegen Fr. 6 463 269.20 im Vorjahr. Die Einlagen in den Tilgungsfonds mit Fr. 700 000 und in den Erneuerungsfonds mit Fr. 650 000 sind unverändert geblieben.

Bern, den 26. Mai 1952.

Der Finanzdirektor:
Siegenthaler

Vom Regierungsrat genehmigt am 27. Juni 1952.

Begl. Der Staatsschreiber: **Schneider**